



Bundesgesetzblatt

Teil II

2023

Ausgegeben zu Bonn am 13. Juni 2023

Nr. 158

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 9. Dezember 2022 zwischen der Regierung der
Bundesrepublik Deutschland und dem Europäischen Zentrum für mittelfristige
Wettervorhersage über eine Zweigniederlassung des Europäischen Zentrums für
mittelfristige Wettervorhersage in Bonn**

Vom 7. Juni 2023

Auf Grund des § 5 des Gaststaatgesetzes vom 30. November 2019 (BGBl. I S. 1929) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

(1) Der Ansiedlung des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage in der Bundesrepublik Deutschland durch Errichtung einer Zweigniederlassung in Bonn wird zugestimmt.

(2) Das in Berlin am 9. Dezember 2022 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage über eine Zweigniederlassung des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage in Bonn wird hiermit in Kraft gesetzt und die in Teil 2 Kapitel 2 und 3 des Gaststaatgesetzes vorgesehenen Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen werden in dem aus dem Abkommen ersichtlichen Umfang gewährt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem das in Berlin am 9. Dezember 2022 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage über eine Zweigniederlassung des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage in Bonn nach seinem Artikel 32 Absatz 1 in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das Abkommen außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 7. Juni 2023

Der Bundeskanzler
Olaf Scholz

Der Bundesminister
für Digitales und Verkehr
Volker Wissing

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage
über eine Zweigniederlassung des Europäischen Zentrums
für mittelfristige Wettervorhersage in Bonn

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the European Centre for Medium-Range Weather Forecasts
on a Branch Office of the European Centre
for Medium-Range Weather Forecasts in Bonn

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

das Europäische Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage –

gestützt auf das Übereinkommen vom 11. Oktober 1973 zur Errichtung des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage, neu gefasst durch das am 6. Juni 2010 in Kraft getretene Änderungsprotokoll,

gestützt auf das Protokoll vom 11. Oktober 1973 über die Vorrechte und Immunitäten des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage,

eingedenk des am 6. Dezember 2019 in Kraft getretenen Gesetzes über die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen in der Bundesrepublik Deutschland als Gaststaat internationaler Einrichtungen (Gaststaatgesetz),

eingedenk der Notwendigkeit, die Rechtsstellung der in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Rates des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage vom 9. Dezember 2020 einzurichtenden Zweigniederlassung des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage in Bonn zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Abkommens haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. „Allgemeines VN-Übereinkommen“ bezeichnet das Übereinkommen vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen;
2. „Wiener Übereinkommen“ bezeichnet das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen;
3. „Übereinkommen“ bezeichnet das Übereinkommen vom 11. Oktober 1973 zur Errichtung des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage, neu gefasst durch das am 6. Juni 2010 in Kraft getretene Änderungsprotokoll;
4. „Protokoll“ bezeichnet das Protokoll vom 11. Oktober 1973 über die Vorrechte und Immunitäten des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage;
5. „Vertragsparteien“ bezeichnet die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und das Europäische Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage;
6. „Zentrum“ oder „EZMW“ bezeichnet das Europäische Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage;

The Government of the Federal Republic of Germany
and

the European Centre for Medium-Range Weather Forecasts –

having regard to the Convention establishing the European Centre for Medium-Range Weather Forecasts of 11 October 1973, recast by the Amending Protocol, which entered into force on 6 June 2010;

having regard to the Protocol on the Privileges and Immunities of the European Centre for Medium-Range Weather Forecasts of 11 October 1973;

bearing in mind the Act on Privileges, Immunities, Exemptions and Facilities in the Federal Republic of Germany as Host State to International Agencies (Host State Act), which entered into force on 6 December 2019;

bearing in mind the necessity to regulate the legal status of the Branch Office of the European Centre for Medium-Range Weather Forecasts in Bonn to be established in accordance with the decision taken by the Council of the European Centre for Medium-Range Weather Forecasts on 9 December 2020 –

have agreed as follows:

Article 1

Definitions

For the purposes of this Agreement:

1. “General UN Convention” means the Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations of 13 February 1946;
2. “Vienna Convention” means the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1961;
3. “Convention” means the Convention establishing the European Centre for Medium-Range Weather Forecasts of 11 October 1973, recast by the Amending Protocol, which entered into force on 6 June 2010;
4. “Protocol” means the Protocol on the Privileges and Immunities of the European Centre for Medium-Range Weather Forecasts of 11 October 1973;
5. “Contracting Parties” means the Government of the Federal Republic of Germany and the European Centre for Medium-Range Weather Forecasts;
6. “Centre” or “ECMWF” means the European Centre for Medium-Range Weather Forecasts;

7. „EZMW-Gelände“ bezeichnet ungeachtet der Eigentumsverhältnisse die Gebäude und Bauten, Ausstattung und sonstige Einrichtungen und Anlagen sowie die umgebenden Flächen, die nach diesem Abkommen oder einem sonstigen Rechtsakt vom Zentrum in der Bundesrepublik Deutschland in Besitz genommen und genutzt werden;
8. „Zweigniederlassung“ bezeichnet die in Bonn einzurichtende Zweigniederlassung des Zentrums;
9. „Vertreter der Mitglieder“ bezeichnet die Vertreter der Mitgliedstaaten des EZMW sowie ihre Vertreter und Berater, die an Sitzungen des Zentrums oder für das Zentrum teilnehmen;
10. „Rat“ bezeichnet den Rat des Zentrums;
11. „Generaldirektor“ bezeichnet den Generaldirektor des Zentrums;
12. „Leiter der Zweigniederlassung“ bezeichnet die zur Vertretung der Zweigniederlassung befugte Person aus dem Kreis der Bediensteten des EZMW;
13. „Bedienstete“ bezeichnet den Generaldirektor und die sonstigen Amtsträger des Zentrums, ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit, mit Ausnahme der Ortskräfte, die nach Stunden bezahlt werden, oder externen Dienstleistern, die für bestimmte Zwecke beauftragt werden;
14. „unmittelbare Angehörige“ von Bediensteten bezeichnet die in deren Haushalt lebenden
- a) Ehegatten, gleichgeschlechtlichen Lebenspartner;
- b) Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs oder, wenn sie unterhaltsberechtig sind, bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs;
- c) Kinder ungeachtet ihres Alters, wenn sie als behinderte Menschen auf den Unterhalt des Bediensteten angewiesen sind, und
- d) Lebensgefährten mit gemeinsamen Kindern, ohne dass ein zunächst bestehendes gemeinsames Sorgerecht durch gerichtliche oder behördliche Entscheidung oder kraft Gesetzes ausgeschlossen wurde.
- Kinder im Sinne dieses Abkommens sind auch
- aa) Personen, die auf Grund nationaler oder internationaler Rechtsvorschriften als Kinder des Bediensteten gelten, und
- bb) Kinder des Ehegatten oder gleichgeschlechtlichen Lebenspartners;
15. „sonstige Angehörige“ von Bediensteten bezeichnet die bereits zum Zeitpunkt der Entsendung im Haushalt der Bediensteten lebenden Lebensgefährten ohne gemeinsame Kinder, die nicht von Bediensteten beschäftigt werden. Die Lebensgefährten müssen über einen angemessenen Krankenversicherungsschutz, einschließlich für den Fall der Pflegebedürftigkeit, verfügen. Die Lebensgefährten dürfen keine Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch beziehen;
16. „Sachverständige“ bezeichnet Personen mit Ausnahme von Bediensteten, die Aufgaben im oder für das Zentrum wahrnehmen oder die in dessen Namen Aufträge nach Artikel 14 des Protokolls durchführen;
17. „amtliche Tätigkeit“ bezeichnet alle vom Zentrum zur Verwirklichung seiner in Artikel 2 des Übereinkommens festgelegten Absichten und Ziele ausgeübten Tätigkeiten einschließlich seiner Verwaltungstätigkeit;
18. „Regierung“ bezeichnet die Regierung der Bundesrepublik Deutschland;
19. „deutsche Staatsangehörige“ bezeichnet Personen, die Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sind.
7. “ECMWF Premises” means, notwithstanding their ownership, the buildings and structures, furnishings and other fixtures and equipment and the adjoining grounds that are in the possession of and used by the Centre in the Federal Republic of Germany pursuant to this Agreement or another legal act;
8. “Branch Office” means the branch of the Centre to be established in Bonn;
9. “representatives of members” means the representatives of the Member States of the ECMWF, their alternates and their advisers attending meetings of the Centre or for the Centre;
10. “Council” means the Council of the Centre;
11. “Director-General” means the Director-General of the Centre;
12. “Head of Branch Office” means the person among the staff of the ECMWF entitled to represent the Branch Office;
13. “staff members” means the Director-General and the other public officials of the Centre, irrespective of their nationality, with the exception of staff recruited locally and paid at hourly rates or external service providers to whom contracts are awarded for specific purposes;
14. “direct family members” of staff members means the following persons forming part of their households:
- a) spouses, civil partners;
- b) children until the age of 18, or if they are entitled to financial support, until the age of 25;
- c) children regardless of their age if they live with a disability and require the financial support of the staff member and
- d) live-in partners with common children and an initially existing joint custody which has not been excluded by a judicial or official decision or by law.
- Children within the meaning of this Agreement are also:
- aa) persons deemed to be the children of the staff member under national or international legislation and
- bb) children of the spouse or civil partner;
15. “other family members” of staff members mean live-in partners without common children who have formed part of the households of the staff members already at the date of their posting and who are not employed by staff members. Live-in partners must have reasonable health insurance coverage including long-term care. Live-in partners must not be receiving social benefits under the German Social Code;
16. “experts” means persons with the exception of staff members who perform duties at or for the Centre or carry out missions on its behalf in accordance with Article 14 of the Protocol;
17. “official activities” means all activities performed by the Centre, including its administrative duties, in order to achieve the purposes and objectives laid down in Article 2 of the Convention;
18. “Government” means the Government of the Federal Republic of Germany;
19. “German nationals” means persons who are Germans within the meaning of Article 116(1) of the Basic Law for the Federal Republic of Germany.

Artikel 2**Zweck und Geltungsbereich des Abkommens**

Dieses Abkommen dient der Regelung der Rechtsstellung des Zentrums mit Blick auf seine Zweigniederlassung in Bonn, insbesondere hinsichtlich bestimmter Vorrechte und Immunitäten, um es in die Lage zu versetzen, seine Aufgaben wirksam wahrzunehmen, und hinsichtlich der Maßnahmen für die Umsetzung dieser Vorrechte und Immunitäten.

Artikel 3**Rechtspersönlichkeit und Rechtsfähigkeit**

Das Zentrum ist eine internationale Organisation und besitzt Rechtspersönlichkeit. Es besitzt die Fähigkeit, Verträge zu schließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräußern und vor Gericht zu klagen und verklagt zu werden. Die Zweigniederlassung in Bonn ist Teil des Zentrums.

Artikel 4**Standort**

Die Zweigniederlassung in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in Bonn.

Artikel 5**EZMW-Gelände**

(1) Die Regierung stellt dem Zentrum das aus Anlage 1 ersichtliche Gelände zur Verfügung. Anlage 1 ist Bestandteil dieses Abkommens.

(2) Bis die Zweigniederlassung das in Absatz 1 vorgesehene Gelände in Besitz nehmen kann, stellt die Regierung dem Zentrum vorübergehend eine Zwischenunterkunft zur Verfügung, deren Standort, Merkmale und Nutzungsbedingungen in Anlage 2 festgelegt sind. Anlage 2 ist Bestandteil dieses Abkommens.

(3) Die Sicherheit des EZMW-Geländes sowie die Gebäudeversorgung werden durch die zuständigen Behörden gewährleistet; dazu zählen Post-, Telefon-, Telegrafien-, Faxvermittlungs- und Onlinedienste, Elektrizitäts-, Wasser- und Gasversorgung sowie Abwasserbeseitigung, Regenwasserableitung, Müllabfuhr, Nahverkehr und Straßenreinigung.

(4) Die in Absatz 3 genannten Dienste werden dem Zentrum unter Bedingungen erbracht, die mindestens so günstig sind wie jene, die obersten Bundesbehörden mit Sitz in Bonn gewährt werden. Im Fall des Ausfalls oder des drohenden Ausfalls solcher Dienste ergreift die Regierung angemessene Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Tätigkeiten des Zentrums nicht beeinträchtigt werden, und lässt dem Zentrum die gleiche bevorzugte Behandlung zuteilwerden wie den obersten Bundesbehörden mit Sitz in Bonn in solchen Angelegenheiten.

Artikel 6**Unverletzlichkeit des EZMW-Geländes**

(1) Das EZMW-Gelände ist unverletzlich. Die zuständigen deutschen Behörden betreten das EZMW-Gelände zur Wahrnehmung einer Amtspflicht nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Leiters der Zweigniederlassung und nur unter den von ihm genehmigten Bedingungen. Gerichtliche Maßnahmen und die Zustellung oder Vollstreckung gerichtlicher Verfügungen einschließlich der Pfändung von Privateigentum können auf dem EZMW-Gelände nur mit Zustimmung des Leiters der Zweigniederlassung erfolgen.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden haben alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass dem Zentrum der Besitz des EZMW-Geländes oder eines Teils desselben nicht ohne ausdrückliche Zustimmung des Zentrums entzogen wird. Die Vermögenswerte, Gelder und Guthaben des Zentrums, gleichviel, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sowie sämtliche Verkehrsmittel, die das Zentrum in Ausübung sei-

Article 2**Purpose and scope of the Agreement**

This Agreement shall serve to regulate the legal status of the Centre with regard to its Branch Office in Bonn, especially with respect to certain privileges and immunities, enabling it to effectively carry out its tasks, and with respect to the measures to be taken for the implementation of these privileges and immunities.

Article 3**Legal personality and legal capacity**

The Centre is an international organization and shall have legal personality. It shall have the capacity to conclude contracts, to acquire and dispose of movable and immovable property and sue and be sued before a court of law. The Branch Office in Bonn shall form part of the Centre.

Article 4**Location**

The Branch Office in the Federal Republic of Germany shall be located in Bonn.

Article 5**ECMWF Premises**

(1) The Government shall make the premises, as set out in Annex 1, available to the Centre. Annex 1 shall form an integral part of this Agreement.

(2) Until it is possible for the Branch Office to occupy the premises provided for in paragraph 1, the Government shall provide interim accommodation to the Centre, the location, description and terms of use of which are set out in Annex 2. Annex 2 shall form an integral part of this Agreement.

(3) The competent authorities shall ensure the safety and security of the ECMWF Premises as well as public utility services; these include postal, telephone, telegraphic, telefax and online services, supply of electricity, water and gas as well as sewage and rainwater disposal, waste collection, local transport and street cleaning.

(4) The services mentioned in paragraph 3 shall be made available to the Centre on terms at least as favourable as those available to supreme federal authorities based in Bonn. In the event of interruption or threatened interruption of any such service, the Government shall take reasonable steps to ensure that the activities of the Centre are not adversely affected and shall accord the Centre the priority given to supreme federal authorities based in Bonn in such matters.

Article 6**Inviolability of the ECMWF Premises**

(1) The ECMWF Premises shall be inviolable. The competent German authorities shall only enter the ECMWF Premises in the exercise of an official duty with the explicit consent of and under conditions approved by the Head of Branch Office. Judicial measures and the service or enforcement of court orders, including the seizure of private property, may only be carried out at the ECMWF Premises with the consent of the Head of Branch Office.

(2) The competent German authorities shall take all the necessary steps to ensure that the Centre is not deprived of possession of the ECMWF Premises or a part thereof without the explicit consent of the Centre. The Centre's assets, funds and balances, wherever located and by whomsoever held, as well as all means of transport the Centre uses in its official activities, including means of transport which the Centre hires, leases or borrows,

ner amtlichen Tätigkeit nutzt, einschließlich solcher, die das Zentrum mietet, leaset oder leiht, sind der Durchsuchung, Pfändung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jedem sonstigen Eingriff durch die vollziehende Gewalt, die Verwaltung, die Justiz oder die Gesetzgebung entzogen, es sei denn, solche Maßnahmen erweisen sich für die Verhütung oder Untersuchung von Unfällen, an denen dem Zentrum gehörende oder in dessen Namen betriebene Fahrzeuge beteiligt sind, vorübergehend als notwendig.

(3) Das Zentrum ergreift alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass sämtliche in Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit eingesetzten Verkehrsmittel identifiziert werden können.

(4) Bei Feuer oder einem anderen Unglücksfall, der sofortige Schutzmaßnahmen erforderlich macht, oder in dem Fall, dass die zuständigen Behörden triftige Gründe zu der Annahme haben, dass auf dem EZMW-Gelände ein solcher Unglücksfall eingetreten ist oder bevorsteht, wird die Zustimmung des Leiters der Zweigniederlassung zu jedem notwendigen Betreten des EZMW-Geländes vermutet.

(5) Vorbehaltlich der Absätze 1, 2 und 4 ergreifen die zuständigen Behörden die notwendigen Maßnahmen zum Schutz des EZMW-Geländes vor Feuer oder anderen Unglücksfällen.

(6) Das Zentrum kann Personen wegen Verletzung der für die Zweigniederlassung geltenden Vorschriften des EZMW-Geländes verweisen oder ihnen das Betreten desselben verbieten.

(7) Das Zentrum verhindert, dass das EZMW-Gelände für Personen, gegen die ein strafrechtliches Urteil ergangen ist oder die verfolgt werden, nachdem sie auf frischer Tat betroffen wurden, oder gegen die von den zuständigen Behörden ein Haftbefehl, eine Auslieferungsanordnung oder ein Ausweisungs- oder Abschiebungsbeschluss erlassen worden ist, eine Zuflucht vor der Justiz wird.

(8) Jeder Standort innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, der zeitweilig für Tagungen des Zentrums oder eine gegebenenfalls notwendige Unterbringung von Organisationseinheiten des Zentrums genutzt werden kann, gilt mit Zustimmung der Regierung für die Dauer derartiger Tagungen oder Nutzungen als zum EZMW-Gelände gehörend.

Artikel 7

Auf dem EZMW-Gelände anwendbare Bestimmungen

Das EZMW-Gelände untersteht der Aufsicht und Kontrolle des Zentrums.

Artikel 8

Unverletzlichkeit der Archive und aller Unterlagen des Zentrums

Die in Artikel 2 des Protokolls vorgesehene Unverletzlichkeit der Archive des Zentrums gilt auch für alle Unterlagen, Materialien, Akten, Schreiben, Aufzeichnungen und sonstige Medien, die dem Zentrum zur Verfügung gestellt werden, ihm gehören oder von ihm verwendet werden, ungeachtet ihrer Form oder in wessen Eigentum sie sich befinden, sowie für sämtliche darin enthaltenen Informationen. Der Standort der Archive und Unterlagen wird den zuständigen Behörden mitgeteilt, wenn es sich dabei um einen anderen Ort als das EZMW-Gelände handelt.

Artikel 9

Schutz des EZMW-Geländes und seiner Umgebung

(1) Die zuständigen Behörden haben die erforderliche Sorgfalt anzuwenden, um die Sicherheit des EZMW-Geländes zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die Tätigkeit des Zentrums nicht durch das Eindringen von Personen oder Gruppen von außen oder durch Unruhen in der unmittelbaren Umgebung des EZMW-Geländes beeinträchtigt wird. Die zuständigen Behörden stellen für das EZMW-Gelände die gegebenenfalls erforderlichen angemessenen Schutzmaßnahmen sicher.

shall not be searched, seized, confiscated, withheld, expropriated or subject to any other executive, administrative, judicial or legislative enforcement action except in so far as may be temporarily necessary in connection with the prevention of and investigation into accidents involving vehicles belonging to or operated on behalf of the Centre.

(3) The Centre shall take all the necessary measures to ensure that all means of transport used in its official activities can be identified.

(4) In the event of fire or other accident requiring immediate safety measures, or if the competent authorities have reasonable cause to believe that such an accident has occurred or is about to occur at the ECMWF Premises, the consent of the Head of Branch Office to any necessary access to the ECMWF Premises shall be presumed.

(5) Subject to paragraphs 1, 2 and 4, the competent authorities shall take the necessary measures to protect the ECMWF Premises from fire or other accidents.

(6) The Centre may expel or exclude persons from the ECMWF Premises for violation of regulations applicable to the Branch Office.

(7) The Centre shall not allow the ECMWF Premises to become a refuge from justice for persons against whom a penal judgement has been made or who are being pursued after being caught flagrante delicto or against whom a warrant of arrest or an order of extradition, expulsion or deportation has been issued by the competent authorities.

(8) Any location within the Federal Republic of Germany that, following consent of the Government, may temporarily be used for meetings or as a necessary accommodation for organizational units of the Centre, shall be deemed to be part of the ECMWF Premises for the duration of such meetings or uses.

Article 7

Provisions applicable to the ECMWF Premises

The ECMWF Premises shall be under the authority and control of the Centre.

Article 8

Inviolability of the Centre's archives and of all documents

The inviolability of the archives of the Centre conferred by Article 2 of the Protocol shall extend to all documents, materials, records, correspondence, recordings and other media made available to, belonging to or used by the Centre regardless of their form or ownership as well as to all information contained therein. The location of the archives and documents shall be made known to the competent authorities if it is at a place other than the ECMWF Premises.

Article 9

Protection of the ECMWF Premises and their vicinity

(1) The competent authorities shall apply due diligence in order to guarantee the security of the ECMWF Premises and to ensure that the activities of the Centre are not impaired by the intrusion of persons or groups from outside or by disturbances in the immediate vicinity of the ECMWF Premises. The competent authorities shall ensure adequate protective measures for the ECMWF Premises, if required.

(2) Auf Ersuchen des Leiters der Zweigniederlassung stellen die zuständigen Behörden die Polizeikräfte bereit, die zur Wahrung von Recht und Ordnung auf dem EZMW-Gelände, in seiner unmittelbaren Umgebung oder in den Gebäuden des EZMW-Geländes sowie zur Entfernung von Personen von dort nötig sind.

Artikel 10

Haftung für Schäden

Das Zentrum ist an seine Pflichten aus diesem Abkommen sowie dem Völkerrecht gebunden und haftet für Schäden, die durch Verstöße gegen diese Pflichten im Rahmen seiner Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland verursacht werden.

Artikel 11

Haftpflichtversicherung

(1) Unbeschadet der nach diesem Abkommen bestehenden Immunitäten schließt das Zentrum eine Versicherung mit angemessenem Umfang ab, um die Haftung für Verletzungen oder Schäden abzudecken, die der Regierung oder anderen Personen, die nicht Bedienstete des Zentrums sind, durch die Tätigkeit des Zentrums in der Bundesrepublik Deutschland oder durch die Nutzung des EZMW-Geländes entstehen.

(2) Diese Versicherung wird mit einem Versicherungsunternehmen geschlossen, das über die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb in der Bundesrepublik Deutschland verfügt. Der Versicherungsvertrag hat eine Klausel zu enthalten, wonach der Vertrag deutschem Recht unterliegt. Der Regierung wird eine Kopie des Versicherungsvertrags übermittelt.

(3) Das Zentrum wird sich nach besten Kräften darum bemühen, dass der Versicherungsvertrag vorsieht, dass jede nicht zu den Bediensteten des Zentrums gehörende Person, die in ihren Rechten verletzt wird oder einen Schaden erleidet, ihre Ansprüche unmittelbar gegen den Versicherer geltend machen kann.

Artikel 12

Immunität des Zentrums und seiner Gelder, Guthaben und sonstigen Vermögenswerte

(1) Das Zentrum, seine Gelder, Guthaben und sonstigen Vermögenswerte, gleichviel, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit im Sinne des Artikels 3 des Protokolls. Ein Verzicht auf diese Immunität umfasst nicht Vollstreckungsmaßnahmen.

(2) Alle Gelder, Guthaben und sonstigen Vermögenswerte des Zentrums sind von Beschränkungen, Regelungen, Kontrollen oder Stillhaltemaßnahmen jeder Art befreit.

(3) Ohne finanziellen Regelungen, Kontrollen oder Stillhaltemaßnahmen unterworfen zu sein, kann das Zentrum

1. Mittel, Gold oder begebare Wertpapiere jeder Art besitzen und verwenden, Konten in jeder Währung unterhalten und verwalten sowie alle in seinem Besitz befindlichen Devisen in jede andere Währung umwechseln;
2. seine Mittel, sein Gold oder seine Devisen von einem Staat in einen anderen Staat oder innerhalb der Bundesrepublik Deutschland frei an eine andere Organisation transferieren.

(4) Bei der Ausübung der Rechte nach Absatz 1 berücksichtigt das Zentrum alle Ziele und Aufgaben der zuständigen Behörden, soweit es dies ohne Beeinträchtigung seiner eigenen Interessen für möglich hält.

Artikel 13

Befreiung von Steuern

Das Zentrum sowie seine Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte genießen im Rahmen seiner amtlichen Tätigkeit Befreiung von jeder direkten Steuer. Die direkten Steuern umfassen insbesondere

1. Körperschaftsteuer,

(2) At the request of the Head of Branch Office, the competent authorities shall provide police officers as needed for the preservation of law and order at the ECMWF Premises, in its immediate vicinity or inside the ECMWF Premises and for the removal of persons therefrom.

Article 10

Liability for damage

The Centre shall be bound by its duties arising from this Agreement as well as from international law and shall be liable for damage caused by violations of these duties within the scope of its activities in the Federal Republic of Germany.

Article 11

Liability insurance

(1) Without prejudice to the immunities existing under this Agreement, the Centre shall take out adequate insurance to cover liability for any injury or damage arising from the activities of the Centre in the Federal Republic of Germany or from the use of the ECMWF Premises that may be suffered by persons other than staff members of the Centre, or by the Government.

(2) This insurance shall be taken out with an insurance company authorized to do business in the Federal Republic of Germany. The insurance contract shall include a clause according to which the contract is governed by German law. A copy of the insurance contract shall be transmitted to the Government.

(3) The Centre shall use its best efforts to have included in the contract a provision that any person, other than the staff members of the Centre, whose rights are infringed or who suffers damage may assert claims directly against the insurer.

Article 12

Immunity of the Centre and its funds, balances and other assets

(1) The Centre, its funds, balances and other assets, wherever located and by whomsoever held, shall enjoy immunity from jurisdiction as set out in Article 3 of the Protocol. Any waiver of this immunity shall not extend to enforcement measures.

(2) All funds, balances and other assets of the Centre shall be exempt from restrictions, regulations, controls or moratoria of any kind.

(3) Without being subject to financial regulations, controls or moratoria, the Centre may

1. hold and use funds, gold or negotiable securities of any kind, hold and manage accounts in any currency and convert all the currency in its possession into any other currency;
2. be free to transfer its funds, gold or currency from one state to another or to another organization within the Federal Republic of Germany.

(4) In the exercise of the rights pursuant to paragraph 1, the Centre shall take account of all aims and responsibilities of the competent authorities, to the extent it considers possible without detriment to its own interests.

Article 13

Exemption from taxes

The Centre and its balances, income and other assets shall be exempt from all direct taxes in connection with its official activities. Direct taxes include in particular:

1. corporation tax;

2. Gewerbesteuer,
3. Vermögensteuer,
4. Erbschaftsteuer,
5. Grundsteuer,
6. Grunderwerbsteuer,
7. Kraftfahrzeugsteuer.

Diese Befreiung umfasst auch die Besteuerung von Versicherungen des Zentrums für Gebäude und deren Inventar sowie für seine Dienstfahrzeuge.

2. trade tax;
3. capital tax;
4. inheritance tax;
5. real property tax;
6. real property transfer tax;
7. motor vehicle tax.

This exemption shall also include taxes on the Centre's insurances for buildings and their inventory as well as for their official cars.

Artikel 14

Befreiungen von und Vergütungen der Umsatzsteuer

(1) Die Umsatzsteuer wird dem Zentrum vom Bundeszentralamt für Steuern vergütet, wenn

1. es sich um die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer handelt, die dem Zentrum in Rechnung gestellt und gesondert ausgewiesen wurde,
2. es sich um Umsatzsteuer für Lieferungen und sonstige Leistungen handelt, die das Zentrum für seinen amtlichen Gebrauch in Anspruch genommen hat,
3. der Steuerbetrag je Rechnung insgesamt 25 Euro übersteigt und
4. die Steuer gezahlt wurde.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die vom Zentrum nach § 13b Absatz 5 Umsatzsteuergesetz geschuldete und von ihm entrichtete Umsatzsteuer, wenn diese je Rechnung insgesamt 25 Euro übersteigt.

(3) Mindert sich die Bemessungsgrundlage nachträglich, so hat das Zentrum das Bundeszentralamt für Steuern davon zu unterrichten und den zu viel vergüteten Steuerbetrag zurückzuzahlen. Wird ein Gegenstand, den das Zentrum für seine amtliche Tätigkeit erworben hat und für dessen Erwerb eine Vergütung der Umsatzsteuer gewährt worden ist, entgeltlich oder unentgeltlich abgegeben, vermietet oder übertragen, so ist der Teil der vergüteten Umsatzsteuer, der dem Veräußerungspreis oder bei unentgeltlicher Abgabe, Vermietung oder Übertragung dem Zeitwert des Gegenstands entspricht, an das Bundeszentralamt für Steuern zu entrichten. Der zu entrichtende Steuerbetrag kann aus Vereinfachungsgründen durch Anwendung des im Zeitpunkt der Abgabe, Vermietung oder Übertragung des Gegenstands geltenden Steuersatzes ermittelt werden.

(4) Die Vergütung wird in Übereinstimmung mit den vom Bundesministerium der Finanzen festgelegten förmlichen Voraussetzungen und Verfahren angewendet.

(5) Das Bundeszentralamt für Steuern unterstützt die Befreiungen des Zentrums vom gemeinsamen Mehrwertsteuersystem der Europäischen Union im Einklang mit europäischem und nationalem Recht.

Artikel 15

Befreiungen und Vergütungen bei den besonderen Verbrauchsteuern

(1) Verbrauchsteuerpflichtige Waren sind von der Verbrauchsteuer befreit, wenn sie für den amtlichen Zweck des Zentrums bestimmt sind. Die verbrauchsteuerpflichtigen Waren sind nach Maßgabe der verbrauchsteuerrechtlichen Bestimmungen zu beziehen.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 wird dem Zentrum für seine amtlichen Zwecke die im Kaufpreis enthaltene Energiesteuer für Benzin, Dieselmotorkraftstoff, Heizöl und Erdgas sowie die im Kaufpreis enthaltene Stromsteuer für elektrischen Strom vom Bundeszentralamt für Steuern vergütet werden, wenn

1. der Steuerbetrag je Rechnung insgesamt 25 Euro übersteigt und

Article 14

Exemptions from and refunds of value added tax

(1) Value added tax shall be refunded to the Centre by the Federal Central Tax Office provided that:

1. the tax concerned is the statutorily owed value added tax which is invoiced to the Centre and identified separately;
2. the value added tax relates to goods and other services that the Centre has acquired for its official use;
3. the tax due exceeds €25 per invoice in the aggregate; and
4. the tax has been paid.

(2) Paragraph 1 shall apply accordingly to value added tax owed and paid by the Centre pursuant to Section 13b(5) of the Value Added Tax Act, provided that it exceeds €25 per invoice in the aggregate.

(3) If the assessment base is subsequently reduced, the Centre shall inform the Federal Central Tax Office thereof and repay the excess refund. If goods purchased by the Centre for its official activities and for which a refund of value added tax was granted are handed over, hired out or transferred, whether in return for payment or free of charge, that share of the value added tax refund that corresponds to the sales price, or if no price is paid for the handing over, hiring out or transfer, to the current market value of such goods, shall be payable to the Federal Central Tax Office. The amount of tax payable may, for the sake of simplicity, be determined on the basis of the tax rate applicable at the time when the goods were handed over, hired out or transferred.

(4) The refund shall be carried out in accordance with the formal requirements and procedures laid down by the Federal Ministry of Finance.

(5) The Federal Central Tax Office shall facilitate the Centre's exemptions from the European Union's common system of value added tax in accordance with European and national law.

Article 15

Exemptions from and refunds of special excise duties

(1) Goods which are subject to excise duty shall be exempt from such duty if they are intended for official use by the Centre. Goods which are subject to excise duty shall be purchased in accordance with the provisions of excise duty legislation.

(2) Notwithstanding paragraph 1, the Centre shall obtain from the Federal Central Tax Office a refund of the energy tax included in the purchase price of petrol, diesel fuel, fuel oil and natural gas and the electricity tax included in the purchase price of electric power for its official use, provided that:

1. the tax due exceeds €25 per invoice in the aggregate; and

2. die Steuer gezahlt wurde.

(3) Mindert sich die Bemessungsgrundlage nachträglich, hat das Zentrum das Bundeszentralamt für Steuern davon zu unterrichten und den zu viel vergüteten Steuerbetrag zurückzuzahlen.

(4) Die Vergütung wird in Übereinstimmung mit den vom Bundesministerium der Finanzen festgelegten förmlichen Voraussetzungen und Verfahren angewendet.

(5) Werden verbrauchsteuerpflichtige Waren, die das Zentrum für seine amtlichen Zwecke erworben oder bezogen hat und für die ihm eine Befreiung oder Vergütung nach Absatz 1 oder 2 gewährt worden ist, an steuerpflichtige Personen, die vollen Anspruch auf eine Steuerbegünstigung im Sinne der verbrauchsteuerrechtlichen Bestimmungen haben, an andere internationale Organisationen, die Anspruch auf Steuerbefreiung haben, oder an andere Stellen, die Steuerbefreiung genießen, abgegeben, so ist keine Verbrauchsteuer zu zahlen. Die Abgabe ist der Bundesfinanzverwaltung anzuzeigen. Werden die genannten verbrauchsteuerpflichtigen Waren an andere als die zuvor genannten Personen oder Stellen abgegeben, so ist der Teil der Verbrauchsteuer, der der Warenmenge entspricht, an die Bundesfinanzverwaltung abzuführen. Die Höhe des geschuldeten Steuerbetrags wird auf der Grundlage des im tatsächlichen Zeitpunkt des entsprechenden Rechtsgeschäfts geltenden Steuersatzes ermittelt.

Artikel 16

Befreiungen von Zöllen, Verboten, Beschränkungen

(1) Das Zentrum genießt Befreiung von allen Zöllen sowie von Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich der vom Zentrum für seinen amtlichen Gebrauch ein- oder ausgeführten Gegenstände. Die unter Inanspruchnahme dieser Befreiung eingeführten oder gekauften Gegenstände dürfen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland nur zu den mit den zuständigen Behörden vereinbarten Bedingungen verkauft oder in anderer Weise veräußert werden.

(2) Das Zentrum genießt ferner die Befreiung von allen Zöllen, Einfuhrumsatzsteuern sowie von Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich seiner Veröffentlichungen und seiner audiovisuellen Materialien.

Artikel 17

Erleichterungen im Nachrichtenverkehr

(1) Das Zentrum ist hinsichtlich der Behandlung seines amtlichen Nachrichtenverkehrs und seiner amtlichen Korrespondenz den diplomatischen Missionen in der Bundesrepublik Deutschland gleichgestellt. Dies gilt für Einrichtung und Betrieb sowie Prioritäten, Tarife und Gebühren in Bezug auf Postsendungen und Kabeltelegramme, Fernschreib-, Telefax-, Telefon-, elektronische Daten- und andere Nachrichtenverbindungen sowie für Gebühren an Presse und Rundfunk.

(2) Der amtliche Nachrichtenverkehr und die amtliche Korrespondenz des Zentrums sind unverletzlich. Sie unterliegen nicht der Zensur.

(3) Das Zentrum ist berechtigt, Verschlüsselungen zu verwenden sowie seine Korrespondenz durch Kurier oder in Behältern zu versenden und zu empfangen, für welche dieselben Immunitäten und Vorrechte gelten wie für diplomatische Kuriere und diplomatisches Kuriergepäck.

(4) Das Zentrum ist berechtigt, im Verkehr zwischen seinen Dienststellen innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland Funk- und andere Telekommunikationsgeräte auf den für das Zentrum eingetragenen sowie auf den ihm von der Regierung zugeteilten Frequenzen zu betreiben. Die Regierung sorgt dafür, dass dem Zentrum rechtzeitig die erforderlichen Genehmigungen für Einrichtung und Betrieb fester und mobiler Antennen sowie sonstiger Telekommunikationsausrüstung erteilt werden.

2. the tax has been paid.

(3) If the assessment base is subsequently reduced, the Centre shall inform the Federal Central Tax Office thereof and repay the excess refund.

(4) The refund shall be carried out in accordance with the formal requirements and procedures laid down by the Federal Ministry of Finance.

(5) No excise duty shall be due for goods acquired or procured by the Centre for its official use which are subject to excise duty, and for which an exemption or refund in accordance with paragraph 1 or 2 has been granted, that are sold to taxable persons who are fully entitled to a tax concession as defined by the provisions of excise duty legislation, to other international organizations entitled to a tax exemption or to other tax-exempt entities. The sale shall be reported to the federal revenue administration. If the aforementioned excisable goods are sold to anyone other than the persons or entities mentioned above, the share of the excise duty payable on the quantity of the goods shall be remitted to the federal revenue administration. The amount of tax owed shall be determined on the basis of the tax rate applicable at the time the corresponding legal transaction actually takes place.

Article 16

Exemptions from customs duties, prohibitions, restrictions

(1) The Centre shall be exempt from all customs duties as well as prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of items imported or exported by the Centre for its official use. Items imported or purchased with the benefit of this exemption shall not be sold or otherwise disposed of within the territory of the Federal Republic of Germany except in accordance with the conditions agreed upon with the competent authorities.

(2) Moreover, the Centre shall be exempt from all customs duties, import turnover taxes as well as prohibitions and restrictions on import and export in respect of its publications and its audiovisual materials.

Article 17

Facilities in respect of communications

(1) In terms of its official communications and its official correspondence, the Centre shall be treated as equivalent to the diplomatic missions in the Federal Republic of Germany. This shall apply to installations and operation, priorities, rates and fees for mail and cables, telex, telefax, telephone, electronic data connections and other communication links, as well as to charges for press and radio.

(2) The Centre's official communications and official correspondence shall be inviolable. They shall not be subject to censorship.

(3) The Centre shall be entitled to use encryption and to dispatch and receive its correspondence by courier or in containers, to which the same immunities and privileges shall apply as to diplomatic couriers and diplomatic bags.

(4) The Centre shall be entitled to operate radio and other telecommunications devices on the frequencies registered for the Centre and those allocated to it by the Government for communications between its offices in the Federal Republic of Germany and abroad. The Government shall arrange for the necessary authorizations to be issued in good time to the Centre for the installation and operation of fixed and mobile antennae as well as any other equipment related to telecommunications.

Artikel 18**Einreise, Aufenthaltstitel**

(1) Die Einreise in die und Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland sowie Freizügigkeit und freier Aufenthalt von Bediensteten des Zentrums und deren unmittelbaren und sonstigen Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland richten sich nach europäischem und nationalem Recht. Erforderliche Visa, Einreiseerlaubnisse und -genehmigungen werden kostenlos und so rasch wie möglich erteilt. Dies gilt auch für Bewerber für das Zentrum, wenn das Zentrum darum ersucht. Personen, die sich bereits in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, müssen für die Aufnahme der Beschäftigung bei der Zweigniederlassung als Bedienstete über einen gültigen Aufenthaltstitel für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland verfügen. Die Bediensteten des Zentrums, die ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ausüben, benötigen keine Arbeitserlaubnis.

(2) Die Bediensteten der Zweigniederlassung und deren unmittelbare und sonstige Angehörige sind vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland befreit. Personen, die über einen gültigen Aufenthaltstitel für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland verfügen, können diesen Titel bei Aufnahme ihres Dienstes in der Zweigniederlassung beibehalten.

Artikel 19**Mitteilung zum Personal der Zweigniederlassung, Ausstellung von Ausweisen**

(1) Das Zentrum unterrichtet das Auswärtige Amt über den Dienstantritt der Bediensteten und deren Ausscheiden aus dem Dienst in der Zweigniederlassung. Es übermittelt einmal im Jahr eine Aufstellung über die Bediensteten der Zweigniederlassung und ihre unmittelbaren und sonstigen Angehörigen und gibt dabei in jedem einzelnen Fall an, ob die betreffende Person die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Das Zentrum übermittelt ferner dem Bundeszentralamt für Steuern eine Aufstellung mit den Namen und Adressen sowohl der aktiven Bediensteten als auch der Empfänger von Altersbezügen, die im jeweils vorhergehenden Kalenderjahr in der Bundesrepublik Deutschland ansässig waren.

(2) Das Auswärtige Amt stellt den Bediensteten der Zweigniederlassung sowie deren unmittelbaren und sonstigen Angehörigen einen Ausweis aus, in dem Familienname, Vorname, Geburtstag und -ort, Staatsangehörigkeit, Zugang zum Arbeitsmarkt sowie Nummer des Reisepasses oder Personalausweises angegeben sind. Der Ausweis ist mit einem Lichtbild und der Unterschrift des Inhabers zu versehen. Dieser Ausweis dient nicht als Identitätsausweis, sondern dokumentiert allein das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses des Inhabers mit dem Zentrum beziehungsweise seine Eigenschaft als unmittelbarer oder sonstiger Angehöriger und seinen Status. Auf Verlangen und spätestens bei Beendigung des Dienstverhältnisses ist der Ausweis an das Auswärtige Amt zurückzugeben.

Artikel 20**Soziale Sicherheit**

(1) Die deutschen Vorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung, der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung, der sozialen und privaten Pflegeversicherung sowie die Versicherungs- und Umlagepflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung finden auf die Bediensteten der Zweigniederlassung keine Anwendung in Bezug auf diese Beschäftigung,

1. soweit die Bediensteten dem System der sozialen Sicherheit des Zentrums angehören und
2. sofern seitens der Bundesrepublik Deutschland nach Konsultation mit dem Zentrum diesem gegenüber erklärt wird, dass die sozialen Leistungen des Systems des Zentrums ausreichend sind und die Befreiung von den deutschen Vorschriften nach dieser Bestimmung unter Berücksichtigung der Interessen des Zentrums und seiner Bediensteten gerechtfertigt ist.

Article 18**Entry, residence permits**

(1) Entry to and departure from the Federal Republic of Germany and the free movement and free residence of staff members of the Centre and their direct and other family members in the Federal Republic of Germany shall be governed by European and national law. The required visas, entry permits and licences shall be issued free of charge and as soon as possible. This shall also apply to job applicants for the Centre if the Centre so requests. Persons already residing in the Federal Republic of Germany must have a valid residence permit for the Federal Republic of Germany to start their employment as staff members of the Branch Office. Staff members of the Centre who exercise their activities in the Federal Republic of Germany shall not require a work permit.

(2) Staff members of the Branch Office and their direct and other family members shall be exempt from the requirement to hold a residence permit for the Federal Republic of Germany. Persons holding a valid residence permit for the Federal Republic of Germany may maintain this permit upon entering the service of the Branch Office.

Article 19**Notification of appointments of the Branch Office, issue of identity cards**

(1) The Centre shall notify the Federal Foreign Office when its staff members take up and relinquish their service at the Branch Office. Once a year, it shall provide a list of staff members of the Branch Office and their direct and other family members, indicating in each case whether the person concerned is of German nationality. The Centre shall also transmit to the Federal Central Tax Office a list containing names and addresses of active staff members of the Branch Office as well as of recipients of pensions with residence in the Federal Republic of Germany in the previous calendar year.

(2) The Federal Foreign Office shall issue to the staff members of the Branch Office and their direct and other family members identity papers indicating the family name, first name, date and place of birth, nationality, access to the labour market and number of their passport or identity card. The identity paper shall feature a photograph and bear the signature of its holder. This paper shall not be an identity document, but shall serve solely to document the holders' employment relationship with the Centre or their status as a direct or other family member. The identity paper shall be returned to the Federal Foreign Office on request and, at the latest, when the persons concerned relinquish their duties.

Article 20**Social security**

(1) The German regulations on mandatory statutory and private health insurance, statutory accident and pension insurance, social and private long-term care insurance, as well as the insurance and levying obligation in accordance with the employment promotion legislation shall not apply to staff members of the Branch Office as far as this employment is concerned,

1. to the extent that the staff members belong to the social security system of the Centre and
2. to the extent that after consulting with the Centre, the Federal Republic of Germany declares that the social security benefits provided by the Centre's system are adequate and the exemption from the German regulations in accordance with this provision is justified, taking the interests of the Centre and its staff members into account. To this end, the Federal Ministry

Hierzu prüft das Bundesministerium für Arbeit und Soziales federführend, ob bei einer Gesamtbetrachtung des Systems die Absicherung der durch die deutsche Sozialversicherung erfassten Risiken insgesamt auf einem vergleichbaren Niveau gewährleistet ist. Die Prüfung der sozialen Leistungen des Systems des Zentrums setzt voraus, dass das Zentrum aussagekräftige und umfassende Unterlagen zum Umfang der eigenen Leistung der sozialen Sicherheit beibringt. Die Befreiung von den deutschen Vorschriften nach dieser Bestimmung tritt mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Erklärung des Vertreters der Bundesrepublik Deutschland im Bundesanzeiger ein. Besteht für die Bediensteten bei Eintritt in den Ruhestand weiterhin ein Anspruch auf eine Absicherung im Krankheitsfall über das System des Zentrums oder machen sie von der Möglichkeit einer Weiterversicherung in dem System des Zentrums Gebrauch, werden sie nicht auf Grund eines ständigen Aufenthalts oder Wohnsitzes in der Bundesrepublik Deutschland in der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung und sozialen und privaten Pflegeversicherung versicherungspflichtig.

(2) Auf die unmittelbaren Angehörigen von Bediensteten der Zweigniederlassung im Sinne des Artikels 1 Nummer 14 Buchstaben a bis c sowie die Kinder von Kindern Bediensteter der Zweigniederlassung finden die deutschen Vorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen und privaten Kranken- sowie sozialen und privaten Pflegeversicherung keine Anwendung, solange sie über den Bediensteten im System der sozialen Sicherheit des Zentrums berücksichtigungsfähig sind und eine ausreichende Absicherung im Krankheitsfall wie der Bedienstete haben; Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 gilt sinngemäß. Die Befreiung von der Versicherungspflicht nach Satz 1 gilt nicht, wenn der unmittelbare Angehörige im Sinne des Artikels 1 Nummer 14 Buchstaben a bis c oder ein Kind vom Kind eines Bediensteten im Geltungsbereich dieses Abkommens eine mehr als geringfügige unselbständige Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit ausübt oder Leistungen der deutschen sozialen Sicherheit bezieht, wenn der Bezug dieser Leistungen nach den deutschen Vorschriften zur Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung führen würde.

Artikel 21

Zugang zum Arbeitsmarkt für unmittelbare und sonstige Angehörige sowie Ausstellung von Visa und Aufenthaltserlaubnissen an Hausangestellte

(1) Unmittelbare und sonstige Angehörige eines Bediensteten der Zweigniederlassung haben unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland. Für volljährige Kinder gilt dies nur insoweit, als durch eine eventuelle berufliche Tätigkeit keine wirtschaftliche Selbständigkeit oder Auflösung der Haushaltszugehörigkeit des Kindes bedingt ist.

(2) Die Erteilung von Visa für Hausangestellte eines Bediensteten der Zweigniederlassung richtet sich nach europäischem und nationalem Recht. Die Hausangestellten erhalten einen Ausweis im Sinne des Artikels 19 Absatz 2, der sie zum Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland und zur Aufnahme der Beschäftigung als Hausangestellte berechtigt. Für die Dauer ihrer Beschäftigung als Hausangestellte sind sie vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit. Personen, die sich bereits in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, müssen für die Aufnahme der Beschäftigung im Haushalt des Bediensteten bei der Zweigniederlassung über einen gültigen Aufenthaltstitel für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland verfügen.

Artikel 22

Personen, die aus dem Dienst bei der Zweigniederlassung ausscheiden

Die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis für Bedienstete der Zweigniederlassung und ihre unmittelbaren und sonstigen Angehörigen nach dem Ausscheiden des Bediensteten aus dem aktiven Dienst bei der Zweigniederlassung nach einer Dienstzeit mit

of Labour and Social Affairs shall lead a review of whether the social security system in the overall analysis offers a comparable level of protection from all the risks covered by the German social security system. The review of the social security benefits provided by the Centre's system requires the Centre to provide informative and comprehensive documentation on the extent of its own social security benefits. The exemption from the German regulations in accordance with this provision shall take effect on the date of publication of the declaration by the representative of the Federal Republic of Germany in the Federal Gazette. If staff members are still entitled to health insurance via the Centre's insurance system upon retirement, or if they make use of the option of continued insurance under the Centre's system, they shall not become obliged to take out statutory and private health insurance and private and long-term care insurance solely because they are permanently resident in the Federal Republic of Germany.

(2) German regulations on mandatory statutory and private health insurance and social and private long-term care insurance shall not apply to direct family members of staff members of the Branch Office as defined in Article 1(14)(a) to (c) and the children of staff members' children for as long as they are covered by the social security system of the Centre via the staff member and have adequate insurance in case of illness to the same extent as the staff member; paragraph 1(2) shall apply mutatis mutandis. Exemption from the insurance obligation in accordance with the first sentence shall not apply if the direct family member as defined in Article 1(14)(a) to (c) or a child of a staff member's child is engaged in a more than marginal employment or is self-employed within the scope of this Agreement or receives German social security benefits and the receipt of these benefits resulted in an obligation to be insured under the German statutory health and long-term care insurance scheme in accordance with German regulations.

Article 21

Access to the labour market for direct and other family members and issuance of visa and residence permits to domestic staff

(1) Direct and other family members of a staff member of the Branch Office shall have unrestricted access to the labour market in the Federal Republic of Germany. For adult children, this shall only apply to the extent that any professional activity carried out does not imply that the child is economically independent or no longer a member of the household.

(2) Visas shall be issued to domestic staff of a staff member of the Branch Office pursuant to European and national law. Such domestic staff shall receive an identity card as defined in Article 19(2) that entitles them to be resident in the Federal Republic of Germany and to start their employment as domestic staff. They shall be exempt from the requirement to hold a residence permit for the duration of their employment as domestic staff. Persons already residing in the Federal Republic of Germany must have a valid residence permit for the Federal Republic of Germany to start their employment in the household of a staff member of the Branch Office.

Article 22

Persons leaving the service at the Branch Office

The issuance of a permanent residence permit to staff members of the Branch Office and their direct and other family members after leaving active service at the Branch Office after a period of service and residence in the Federal Republic of Germany of

Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland von fünf Jahren richtet sich nach europäischem und nationalem Recht.

five years shall be subject to European and national law.

Artikel 23

Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen der Vertreter der Mitglieder

Die Vertreter der Mitglieder, die nicht in der Bundesrepublik Deutschland ständig ansässig sind, genießen bei der Erfüllung ihrer Pflichten und während der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die folgenden, in Artikel 12 des Protokolls beschriebenen Vorrechte und Immunitäten:

1. Immunität von Festnahme und Haft sowie von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks, außer wenn sie auf frischer Tat betroffen werden;
2. Immunität von der Gerichtsbarkeit, auch nach Beendigung ihres Auftrags, hinsichtlich der von ihnen in amtlicher Eigenschaft und im Rahmen ihrer Befugnisse vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität gilt nicht bei Verstößen eines Vertreters eines Mitglieds gegen die Verkehrsordnung oder bei Schäden, die durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Fahrzeug verursacht werden;
3. Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden;
4. Befreiung von jeglicher Einreisebeschränkung und von der Meldepflicht für Ausländer und
5. die gleichen Zollerleichterungen hinsichtlich ihres persönlichen Gepäcks und die gleichen Vorrechte bezüglich der Währungs- und Devisenvorschriften wie die Vertreter ausländischer Regierungen mit vorübergehendem amtlichem Auftrag.

Artikel 24

Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen der Bediensteten des Zentrums

(1) Die Bediensteten des Zentrums genießen ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, die in den Artikeln 13 und 15 des Protokolls vorgesehen sind. Unter anderem genießen sie

1. Immunität von der Gerichtsbarkeit, auch nach Ausscheiden aus dem Dienst des Zentrums, hinsichtlich der von ihnen in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen (einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen);
2. Befreiung von allen Steuern auf die vom Zentrum gezahlten Gehälter und Bezüge aus dem aktiven Dienstverhältnis von dem Zeitpunkt an, an dem die Gehälter und Bezüge einer vom Zentrum für eigene Rechnung erhobenen Steuer unterworfen werden und unter dem Vorbehalt der Einbeziehung dieses Einkommens bei der Ermittlung des Steuersatzes für andere steuerpflichtige Einkünfte; dies gilt nur, sofern sich alle Mitgliedstaaten des Zentrums zu einer Steuerbefreiung dieser Gehälter und Bezüge verpflichten;
3. Befreiung von jeder nationalen Dienstleistung;
4. für sich selbst und ihre unmittelbaren und sonstigen Angehörigen Befreiung von der Ausländermeldepflicht;
5. in Bezug auf Devisenerleichterungen dieselben Vorrechte wie die in vergleichbarem Rang stehenden Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland errichteten diplomatischen Missionen;
6. für sich selbst und ihre unmittelbaren und sonstigen Angehörigen in Zeiten internationaler Krisen dieselben Erleichterungen bezüglich der Heimschaffung wie Diplomaten;
7. das Recht, ihre Möbel und ihre persönliche Habe im Rahmen des Rechts der Europäischen Union bei ihrem ersten Amtsantritt in der Bundesrepublik Deutschland frei von Zöllen und Steuern mit Ausnahme der Zahlungen für Dienstleistungen einzuführen und bei ihrem Ausscheiden aus dem Dienst in der

Article 23

Privileges, immunities, exemptions and facilities for representatives of members

Representatives of members who are not permanently resident in the Federal Republic of Germany shall enjoy the following privileges and immunities described in Article 12 of the Protocol in the performance of their duties and during the exercise of their functions:

1. immunity from arrest and detention and from seizure of their personal luggage, except when found committing, attempting to commit, or just having committed an offence;
2. immunity from jurisdiction, even after the termination of their mission, in respect of acts, including words spoken or written, performed by them in their official capacity and within the limits of their authority; this immunity shall not apply in the case of a traffic offence committed by a representative of a member nor in the case of damage caused by a vehicle belonging to or driven by such a person;
3. inviolability for all their official papers and documents;
4. exemption from all measures restricting aliens' entry and from aliens' registration formalities; and
5. the same customs facilities as regards their personal luggage and the same privileges in respect of currency and exchange regulations as are accorded to the representatives of foreign governments on temporary official missions.

Article 24

Privileges, immunities, exemptions and facilities of the staff members of the Centre

(1) Regardless of their nationality, the staff members of the Centre shall enjoy the privileges, immunities, exemptions and facilities provided for in Articles 13 and 15 of the Protocol. These include:

1. immunity from jurisdiction, even after they have left the service of the Centre, in respect of acts (including words spoken or written) performed by them in their official capacity;
2. exemption from all taxes on the salaries and emoluments paid to them by the Centre for their active service from the time that the salaries and emoluments are subject to a tax levied by the Centre for its own account, and subject to the inclusion of this income when determining the tax rate for other taxable income; this shall only apply to the extent that all the Member States of the Centre have undertaken to exempt these salaries and emoluments from taxes;
3. exemption from national service obligations;
4. exemption for themselves and their direct and other family members from aliens' registration;
5. the same privileges in respect of foreign-exchange facilities as are accorded to the officials of comparable rank forming part of diplomatic missions in the Federal Republic of Germany;
6. the same repatriation facilities for themselves and their direct and other family members as are accorded to diplomats in times of international crisis;
7. the right to import their furniture and effects within the scope of European Union law at the time of first taking up their post in the Federal Republic of Germany, free of customs duties and taxes except for payments for services, and to export them free of customs duties and taxes when relinquishing

Bundesrepublik Deutschland frei von Zöllen und Steuern auszuführen; eingeschlossen sind eine angemessene Anzahl an Kraftfahrzeugen, die sich vor dem ersten Amtsantritt des Bediensteten in der Bundesrepublik Deutschland mindestens sechs Monate in dessen Besitz befunden haben und von ihm genutzt wurden; dies gilt auch für geleaste Fahrzeuge, wenn der Bedienstete durch den Leasingvertrag nachweist, dass das Leasingverhältnis bereits sechs Monate vor seinem ersten Amtsantritt in der Bundesrepublik Deutschland bestanden hat; die Überführung der Möbel und persönlichen Habe in die Bundesrepublik Deutschland kann innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten seit dem ersten Amtsantritt des Bediensteten erfolgen.

(2) In Ergänzung des Absatzes 1 genießen der Leiter der Zweigniederlassung sowie andere Bedienstete des Zentrums, soweit sie eine der Stufe A5 der Koordinierten Organisationen (die „Koordinierten Organisationen“ sind der Europarat, das EZMW, die Europäische Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten, die Europäische Weltraumorganisation, die NATO und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) oder einer höheren Stufe vergleichbare Stellung innehaben und weder deutsche Staatsangehörige noch in der Bundesrepublik Deutschland ständig ansässig sind, mit Ausnahme steuerlicher und zollrechtlicher Privilegien die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, welche die Regierung in vergleichbarem Rang stehenden Mitgliedern des diplomatischen Personals der bei ihr akkreditierten Missionen gewährt. In begründeten Einzelfällen können auf Antrag Bediensteten des Zentrums, soweit sie eine der Stufe A4 der Koordinierten Organisationen vergleichbare Stellung innehaben und ihre Aufgaben dies rechtfertigen, die gleichen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen gewährt werden wie Bediensteten der Stufe A5 der Koordinierten Organisationen und darüber. Entsprechende Anträge sind vom Leiter der Zweigniederlassung beim Auswärtigen Amt zu stellen.

(3) Die Immunität von der Gerichtsbarkeit gilt nicht im Fall eines Verstoßes gegen die Vorschriften über den Straßenverkehr durch die in den Absätzen 1 und 2 genannten Personen oder im Fall von Schäden, die durch ein Motorfahrzeug verursacht wurden, das einer solchen Person gehört oder von ihr gesteuert wurde.

(4) Die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen werden den Bediensteten des Zentrums im Interesse des Zentrums und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Der Generaldirektor hat das Recht und die Pflicht, die Immunität eines Bediensteten in allen Fällen aufzuheben, in denen sie ohne Schädigung der Interessen des Zentrums aufgehoben werden kann. Bezüglich des Generaldirektors liegen diese Rechte und Pflichten beim Rat.

Artikel 25

Sachverständige

(1) Sachverständige genießen ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, die in Artikel 14 des Protokolls und in Artikel VI des Allgemeinen VN-Übereinkommens vorgesehen sind. Ihnen können durch Vereinbarung zwischen dem Zentrum und der Regierung zusätzliche Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gewährt werden.

(2) Die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen werden den Sachverständigen im Interesse des Zentrums und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen beziehen sich nicht auf eine Befreiung oder Vergütung von Steuern. Der Generaldirektor hat das Recht und die Pflicht, die Immunität eines Sachverständigen in allen Fällen aufzuheben, in denen sie ohne Schädigung der Interessen des Zentrums aufgehoben werden kann.

their duties in the Federal Republic of Germany; this shall include an appropriate number of motor vehicles which were owned and used by the staff members for at least six months before first taking up their post in the Federal Republic of Germany; this shall also apply to leased vehicles if the staff member proves, by means of the lease contract, that the lease has existed six months before the staff member first took office in the Federal Republic of Germany; the transfer of furniture and effects to the Federal Republic of Germany may take place within a period of twelve months after the staff member first took office.

(2) In addition to paragraph 1, the Head of Branch Office as well as staff members of the Centre, in so far as they hold a position comparable to the Coordinated Organisations' ("Coordinated Organisations" means the Council of Europe, ECMWF, the European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites, the European Space Agency, the North Atlantic Treaty Organization, and the Organisation for Economic Cooperation and Development) level A5 and above, who are neither German nationals nor permanently resident in the Federal Republic of Germany shall enjoy the same privileges, immunities, exemptions and facilities, with the exception of fiscal and customs privileges, as granted by the Government to diplomatic staff of comparable rank of the missions accredited to it. In justified individual cases, staff members of the Centre whose position is at the Coordinated Organisations' level A4 and whose functions justify it may on request be granted the same privileges, immunities and facilities as officials of Coordinated Organisations' level A5 and above. The Head of Branch Office shall submit the relevant requests to the Federal Foreign Office.

(3) The immunity from jurisdiction shall not apply in the case of a traffic offence committed by the persons referred to in paragraphs 1 and 2 or in the case of damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by such person.

(4) The privileges, immunities, exemptions and facilities shall be granted to staff members of the Centre in the interests of the Centre and not for the personal benefit of the individuals themselves. The Director-General shall have the right and the obligation to waive the immunity of a staff member in all cases in which it can be waived without prejudice to the interests of the Centre. With regard to the Director-General, these rights and obligations shall be incumbent on the Council.

Article 25

Experts

(1) Regardless of their nationality, experts shall enjoy the privileges, immunities, exemptions and facilities provided for in Article 14 of the Protocol and Article VI of the General UN Convention respectively. They may also be granted additional privileges, immunities, exemptions and facilities by agreement between the Centre and the Government.

(2) The privileges, immunities, exemptions and facilities shall be granted to the experts in the interest of the Centre and not for the personal benefit of the individuals themselves. The privileges, immunities, exemptions and facilities shall not relate to an exemption or refund of taxes. The Director-General shall have the right and the obligation to waive the immunity of an expert in all cases in which it can be waived without prejudice to the interests of the Centre.

Artikel 26**Kongresse, Seminare, ähnliche Veranstaltungen**

(1) Personen, die im Geltungsbereich dieses Abkommens an Kongressen, Seminaren oder ähnlichen Veranstaltungen teilnehmen, die vom Zentrum ausgerichtet werden, können die in Satz 3 genannten Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gewährt werden, sofern ihnen diese auf Grundlage dieses Abkommens nicht bereits zustehen. Voraussetzung hierfür ist, dass die Regierung ausdrücklich der in Satz 1 erwähnten Veranstaltung zugestimmt hat. Folgende Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen können ihnen gewährt werden:

1. Immunität von Festnahme oder Haft und in Bezug auf ihr persönliches Gepäck dieselben Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen wie Diplomaten;
2. Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen während der Wahrnehmung ihrer Aufgaben vorgenommenen Handlungen, einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, wobei diese Immunität bestehen bleibt, auch wenn die teilnehmende Person ihren Auftrag für das Zentrum beendet hat;
3. Unverletzlichkeit aller Papiere und Schriftstücke;
4. das Recht, für ihren Verkehr mit dem Zentrum Verschlüsselungen zu verwenden sowie Papiere und Korrespondenz durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu versenden und zu empfangen;
5. in Bezug auf Währungs- oder Devisenbeschränkungen dieselben Erleichterungen wie Vertretern ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichem Auftrag.

Die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen werden der teilnehmenden Person nur im Interesse des Zentrums und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Der Generaldirektor ist berechtigt und verpflichtet, die einer teilnehmenden Person gewährte Immunität in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach seiner Auffassung verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Schädigung der Interessen des Zentrums aufgehoben werden kann.

(2) Absatz 1 gilt für deutsche Staatsangehörige, die Inhaber eines von einer deutschen Behörde im Geltungsbereich dieses Abkommens oder von einer deutschen diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung ausgestellten gültigen Reisepasses oder Personalausweises sind, nur hinsichtlich der in Absatz 1 Satz 3 Nummern 2, 3 und 4 genannten Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen. Die Immunität von der Gerichtsbarkeit nach Absatz 1 Satz 3 Nummer 2 gilt nicht im Fall eines Verstoßes gegen die Vorschriften über den Straßenverkehr durch eine teilnehmende Person im Fall von Schäden, die durch ein Motorfahrzeug verursacht wurden, das einer teilnehmenden Person gehört oder von ihr gesteuert wurde. Die Sätze 1 und 2 des vorliegenden Absatzes gelten auch für solche teilnehmenden Personen, die im Geltungsbereich dieses Abkommens ständig ansässig sind.

Artikel 27**Beachtung der Gesetze,
Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden**

(1) Alle Einrichtungen und Personen, die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen nach diesem Abkommen genießen, sind unbeschadet derselben verpflichtet, die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften zu beachten. Sie sind ferner verpflichtet, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland einzumischen.

(2) Das Zentrum arbeitet jederzeit mit den zuständigen Behörden zusammen, um eine geordnete Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung gefahrenabwehrrechtlicher Vorschriften sicherzustellen und jeden Missbrauch der nach diesem Abkommen gewährten Vorrechten, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen zu verhindern.

Article 26**Conferences, seminars, similar events**

(1) Persons attending conferences, seminars or similar events within the scope of this Agreement that are organised by the Centre may be granted the privileges, immunities, exemptions and facilities mentioned in the third sentence, if they are not already entitled to them under this Agreement. This shall apply on condition that the Government has explicitly approved the event mentioned in the first sentence. They may be granted the following privileges, immunities, exemptions and facilities:

1. immunity from arrest or detention and in terms of their personal luggage the same privileges, immunities, exemptions and facilities as diplomats;
2. immunity from jurisdiction in respect of acts, including words spoken and written, performed by them in their discharge of functions; this immunity shall continue even after the participants have completed their mission for the Centre;
3. inviolability of all papers and documents;
4. the right to use encryption for their communication with the Centre to dispatch and to receive papers and correspondence by courier or in sealed containers;
5. the same facilities in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign governments on temporary official missions.

The privileges, immunities, exemptions and facilities shall be granted to the participant only in the interest of the Centre and not for the benefit of the individuals themselves. The Director-General shall be entitled and obliged to waive the immunity of a participant in any case where, in his opinion, the immunity would impede the course of justice, and it can be waived without prejudice to the interests of the Centre.

(2) Paragraph 1 shall apply to German nationals who hold a valid passport or identity card issued by a German authority within the scope of this Agreement or by a German diplomatic mission or consular post only in relation to the privileges, immunities, exemptions and facilities referred to in numbers 2, 3 and 4 of the third sentence of paragraph 1. Immunity from jurisdiction in accordance with number 2 of the third sentence of paragraph 1 shall not apply to a traffic offence committed by a participant in the case of damage caused by a motor vehicle owned or driven by a participant. The first and second sentences of the present paragraph shall also apply to participants with permanent residence within the scope of this Agreement.

Article 27**Respect for laws,
cooperation with competent authorities**

(1) All institutions and persons enjoying privileges, immunities, exemptions and facilities under this Agreement shall, notwithstanding these rights, be obliged to respect the laws and other regulations in force in the Federal Republic of Germany. They shall further be obliged not to interfere with the internal affairs of the Federal Republic of Germany.

(2) The Centre shall cooperate at all times with the competent authorities to facilitate the proper administration of justice, safeguard the compliance with security legislation and prevent any abuse of the privileges, immunities, exemptions and facilities granted pursuant to this Agreement.

Artikel 28**Flagge und Emblem**

Das Zentrum ist berechtigt, auf dem EZMW-Gelände und an den Fahrzeugen, die es für seine amtliche Tätigkeit benutzt, seine Flagge und sein Emblem zu führen.

Artikel 29**Beilegung von Streitigkeiten**

(1) Können Streitigkeiten zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentrum über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens nicht durch Verhandlung, die guten Dienste des Rates oder eine andere unter den Parteien vereinbarte Art beigelegt werden, sind die Parteien berechtigt, den Streit dem Schiedsverfahren nach Artikel 17 des Übereinkommens zu unterwerfen.

(2) Da in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten mit dem Zentrum der Rechtsweg zu deutschen Gerichten nach Artikel 3 des Protokolls nicht offensteht, betreibt das Zentrum eine Beschwerdekammer, um alle Streitigkeiten, die sich aus dem Personalstatut oder Arbeitsverträgen des Zentrums ergeben, endgültig beizulegen. Das Zentrum wird einen Schutz gewährleisten, der mindestens den Garantien entspricht, die üblicherweise im internationalen Recht des öffentlichen Dienstes für solche Streitigkeiten gewährt werden.

Artikel 30**Beachtung der Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen; Maßnahmen bei Missbrauch**

(1) Das Zentrum ergreift sämtliche Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die nach diesem Abkommen gewährten Vorrechte oder Immunitäten nicht missbraucht werden.

(2) Ist die Regierung der Auffassung, dass ein Missbrauch der nach diesem Abkommen gewährten Vorrechte und Immunitäten vorliegt, berät sich der Generaldirektor auf Antrag mit den zuständigen Behörden, um festzustellen, ob ein Missbrauch stattgefunden hat. Führen diese Beratungen zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis, so wird die Angelegenheit nach dem in Artikel 29 festgelegten Verfahren entschieden.

(3) Im Fall der Beendigung der Gewährung von Vorrechten, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen finden die Bestimmungen des Wiener Übereinkommens Anwendung.

Artikel 31**Geltung und Auslegung**

(1) Dieses Abkommen gilt für alle darin genannten Personen, unabhängig davon, ob die Regierung mit dem Staat, dessen Staatsangehörigkeit eine solche Person besitzt, diplomatische Beziehungen unterhält, und unabhängig davon, ob der Staat, dessen Staatsangehörigkeit eine solche Person besitzt, Mitgliedern diplomatischer Missionen oder Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland ähnliche Vorrechte oder Immunitäten gewährt.

(2) Die Auslegung dieses Abkommens erfolgt im Lichte seines vorrangigen Ziels, dem Zentrum die vollständige, effiziente, uneingeschränkte und wirksame Wahrnehmung seiner Aufgaben zu ermöglichen. Dieses Abkommen darf nicht so ausgelegt werden, dass es die Bestimmungen des Übereinkommens oder des Protokolls ändert.

Artikel 32**Schlussbestimmungen**

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung dem Zentrum mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Article 28**Flag and emblem**

The Centre shall be entitled to display its flag and emblem at the ECMWF Premises and on vehicles it uses for official purposes.

Article 29**Settlement of disputes**

(1) If any dispute between the Federal Republic of Germany and the Centre concerning the interpretation or application of this Agreement is not settled by negotiation, by the good offices of the Council or by some other method agreed by the parties, either party shall be entitled to submit the dispute to arbitration in accordance with the procedure provided for in Article 17 of the Convention.

(2) Since it is not possible in the case of disputes with the Centre arising from labour law to have recourse to a German court in accordance with Article 3 of the Protocol, the Centre shall maintain an Appeals Board in order to finally settle any dispute arising from the staff regulations or staff contracts of the Centre. The Centre shall ensure a degree of protection which is at least equivalent to the guarantees usually granted in international civil service law governing the public service in respect of such disputes.

Article 30**Compliance with privileges, immunities, exemptions and facilities; measures in case of abuse**

(1) The Centre shall take all steps to ensure that the privileges or immunities conferred by this Agreement are not abused.

(2) If the Government is of the opinion that an abuse of the privileges and immunities conferred by this Agreement has occurred, the Director-General shall, on request, hold consultations with the competent authorities to determine whether such an abuse has occurred. If these consultations fail to achieve a satisfactory result, a decision on the matter shall be taken in accordance with the procedure laid down in Article 29.

(3) In the event that privileges, immunities, exemptions and facilities are no longer granted, the provisions of the Vienna Convention shall apply.

Article 31**Application and interpretation**

(1) This Agreement shall apply to all persons referred to therein, regardless of whether the Government maintains diplomatic relations or not with the state of which this person is a national and regardless of whether the state of which this person is a national grants members of diplomatic missions or nationals of the Federal Republic of Germany similar privileges or immunities.

(2) This Agreement shall be interpreted in the light of its primary objective of enabling the Centre to fully, efficiently, unrestrictedly and effectively fulfil its obligations. Nothing in this Agreement shall be interpreted in such a way as to alter the provisions of the Convention or the Protocol.

Article 32**Final Provisions**

(1) This Agreement shall enter into force on the date on which the Government has informed the Centre that the national requirements for such entry into force have been fulfilled. The relevant date shall be the day of receipt of the notification.

(2) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung veranlasst. Das Zentrum wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

(3) Dieses Abkommen kann jederzeit auf Ersuchen einer Vertragspartei im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden.

(4) Dieses Abkommen gilt so lange, wie das Übereinkommen und das Protokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft ist. Es kann im Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien beendet werden.

Geschehen zu Berlin am 9. Dezember 2022 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) Registration of this Agreement with the Secretariat of the United Nations, in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations, shall be initiated by the Government immediately following its entry into force. The Centre shall be informed of registration, and of the UN registration number, as soon as this has been confirmed by the Secretariat of the United Nations.

(3) This Agreement may at any time be amended at the request of either Contracting Party and by common consent.

(4) This Agreement shall apply as long as the Convention and the Protocol are in force for the Federal Republic of Germany. It may be terminated by mutual agreement between the Contracting Parties.

Done at Berlin on 9 December 2022 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Susanne Baumann
Daniela Kluckert

Für das Europäische Zentrum
für mittelfristige Wettervorhersage
For the European Centre
for Medium-Range Weather Forecasts

Dr. Florence Rabier

Anlage 1

Annex 1

Kapitel 1
NeubauChapter 1
New building

Abschnitt 1

Section 1

EZMW-Gelände für die endgültige Unterbringung**ECMWF Premises for final accommodation**

1. Bei dem von der Regierung für das EZMW zu errichtenden Gelände handelt es sich um einen Campus in Bonn (siehe Lageplan, der dieser Anlage als Anhang 1a beigefügt ist). Der Campus besteht aus einem Bürogebäude, einem Konferenzzentrum, einer Kantine, einer Tiefgarage, einem Sportraum sowie den notwendigen Funktionsgebäuden und Außenanlagen; alle Einrichtungen sind auf die spezifischen Bedürfnisse des EZMW ausgerichtet.

Das Bürogebäude, das Konferenzzentrum und die Kantine erfüllen mindestens die „Silber plus“-Standards nach den deutschen Vorgaben des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen für Bundesgebäude, BNB (entspricht dem „Excellent“-Standard des britischen Zertifizierungssystems für nachhaltiges Bauen, BREEAM).

Das Bürogebäude wird flexible moderne Büroräume für – je nach Ausgestaltung – bis zu 360 Bedienstete bieten und wird dem EZMW zur Verfügung gestellt. Die Regierung beabsichtigt, im Frühjahr 2027 dem EZMW das Gelände zur Nutzung zu überlassen; sie wird das EZMW kontinuierlich über den Baufortschritt unterrichten.

2. Teile des Campus, die vorübergehend vom EZMW nicht zur Eigennutzung benötigt werden, können von Dritten genutzt werden. Bei diesen handelt es sich entweder um eine deutsche Bundesbehörde (oder eine vergleichbare deutsche öffentliche Einrichtung) oder eine anerkannte internationale Organisation.

Sofern ein Drittnutzer Teile des Campus nutzt, werden bestimmte Bereiche, nämlich die Kantine, das Konferenzzentrum, die Tiefgarage und der Sportraum, als Gemeinschaftsbereiche betrachtet. Dem EZMW wird stets vorrangiger Zugang zum Konferenzzentrum gewährt. Der vorrangige Zugang wird im Wege entsprechender Zugangsregeln für Drittnutzer umgesetzt, die im Miet- oder Nutzungsvertrag des Drittnutzers festgeschrieben werden.

3. Die Regierung sorgt dafür, dass der Miet- oder Nutzungsvertrag eines Drittnutzers den Status des EZMW in Bezug auf das EZMW-Gelände widerspiegelt, die Zugangsrechte des Drittnutzers zu den Gemeinschaftsbereichen regelt und die spezifischen Bedürfnisse des EZMW einschließlich der angemessenen Sicherungsmaßnahmen, Vorrechte und Immunitäten wahrt. Jeder Vertrag enthält eine Kündigungsklausel, die es dem EZMW ermöglicht, von Dritten genutzte Flächen als Ganzes oder in Teilen innerhalb von höchstens 27 Monaten vollständig renoviert zu übernehmen. Die Frist beginnt zu dem Zeitpunkt, zu dem das EZMW der Regierung anzeigt, dass es Anspruch auf entsprechende Flächen geltend macht. Die Regierung unternimmt alle Anstrengungen, um dem EZMW in der Umgebung des Campus angemessenen Büroraum zur vorübergehenden Nutzung anzubieten, falls das EZMW vor Ablauf der Kündigungsfrist dringenden Bedarf anzeigt, die von einem Drittnutzer genutzten Flächen selbst zu nutzen. Abschnitt 2 Nummern 1 bis 4 ist auf diese Büroflächen entsprechend anzuwenden.
4. Vor Abschluss eines Miet- oder Nutzungsvertrages mit einem Drittnutzer konsultiert die Regierung das EZMW und holt dessen Zustimmung ein. Das EZMW wird eine solche Zustimmung nicht versagen, es sei denn, es liegen übergeordnete betriebliche Zwänge oder Sicherheitsbedenken vor.
5. Nach Artikel 6 Absatz 1 des Abkommens gilt die Zustimmung des Leiters der Zweigniederlassung zum Betreten des EZMW-Geländes durch autorisierte Vertreter der Stadt Bonn sowie der Stadtwerke Bonn GmbH zum Zweck der Ausfüh-

1. The Premises for the ECMWF to be established by the Government shall comprise a campus (see site map as appended to this Annex as Appendix 1a) in Bonn. The campus shall consist of an office building, a conference centre, a canteen, underground parking, a gym as well as the necessary functional buildings and outdoor facilities, which are all tailored to the specific needs of the ECMWF.

The office building, conference centre and the canteen shall at least meet the “Silver Plus” standards under the German requirements of the Assessment System for Sustainable Building, BNB (which corresponds to the “Excellent” standard of the Building Research Establishment Environmental Assessment Methodology, BREEAM).

The office building shall provide flexible modern offices for up to 360 staff members, depending on the design, and shall be made available to the ECMWF. The Government aims towards handing over the Premises for use by the ECMWF in the spring of 2027 and keeps the ECMWF updated on the progress.

2. Parts of the campus temporarily not needed by the ECMWF may be used by third parties. These may be either a German federal agency (or a similar public German agency) or a recognised international organization.

If a third-party user uses parts of the campus, certain areas, namely the canteen, the conference centre, the underground parking and the gym, will be considered as shared facilities. The ECMWF shall always have priority access to the conference centre. The priority access will be implemented via suitable access rules for third-party users and reflected in the tenancy or occupancy contract with the third party.

3. In a tenancy or occupancy contract with a third party, the Government shall reflect the ECMWF’s status concerning the ECMWF Premises, define the third party’s right to access shared facilities and reflect specific needs of the ECMWF including e.g. adequate safety and security measures, privileges and immunities. Each contract shall contain a termination clause that will allow the ECMWF to take over any space occupied by third parties in whole or in part within no more than 27 months in a fully refurbished condition from the moment the ECMWF notifies the Government of its intention to reclaim such space. The Government will do its utmost to provide the ECMWF with adequate temporary office space in the vicinity of the campus, should the ECMWF indicate an urgent need to use space occupied by a third party before the end of the notice period for termination. Sections 2.1, 2.2, 2.3 and 2.4 of this Annex shall apply mutatis mutandis to such office space.
4. The Government will confer with the ECMWF before entering into a tenancy or occupancy contract with a third-party user and seek the ECMWF’s consent. The ECMWF will not withhold such consent except for overriding operational or security concerns.
5. In accordance with paragraph 1 of Article 6 of the Agreement, the Head of Branch Office’s consent for authorized representatives of the City of Bonn as well as of the Stadtwerke Bonn GmbH to enter the ECMWF Premises and undertake neces-

rung von notwendigen Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten in Ausübung der Pflichten der Regierung nach Artikel 5 Absatz 3 des Abkommens als gegeben, es sei denn, der Leiter der Zweigniederlassung widerruft diese Zustimmung aus betrieblichen Gründen. Jedes Aufsuchen des EZMW-Geländes durch die vorgenannten Vertreter wird ordnungsgemäß angekündigt.

Abschnitt 2

Finanzielle Aspekte im Zusammenhang mit dem Campus

1. Der in Abschnitt 1 genannte Campus sowie die Außenanlagen werden mietfrei zur Verfügung gestellt. Die Regierung übernimmt die Instandhaltungs- und Verwaltungskosten. Alle Instandhaltungsmaßnahmen werden von der Regierung durchgeführt.
2. In den ersten fünf Jahren nach Übergabe des Campus übernimmt die Regierung die Betriebskosten.
3. Nach den ersten fünf Jahren trägt das EZMW die Betriebskosten des Campus anteilig; die Berechnung erfolgt grundsätzlich entsprechend der vom EZMW genutzten Bürofläche. Die Regierung und das EZMW verständigen sich in einem zusätzlichen Dokument nach Abschnitt 7 über alle Einzelheiten der Bestimmung und Berechnung der Betriebskosten.
4. Dem EZMW entstehen keinerlei Kosten für Erhaltungsinvestitionen oder Reparaturen im Zusammenhang mit dem Campus.
5. Die Regierung übernimmt alle Betriebs-, Verwaltungs- und Instandhaltungskosten für das Konferenzzentrum.
6. Entstehen durch die Installation von weiteren Anlagen auf dem Campus, die vom oder auf Wunsch des EZMW errichtet werden, zusätzliche Instandhaltungskosten, trägt diese das EZMW.

Abschnitt 3

Bereitstellung und Instandhaltung von Mobiliar und Einbauten einschließlich IT-Ausstattung

1. Die Regierung stellt Mobiliar und Einbauten für einen ordnungsgemäßen Betrieb des Campus entsprechend den für Bundesministerien geltenden Standards. Dies gilt für das Konferenzzentrum, den Sportraum, die Küche, die Kantine und das Servicecenter, wozu unter anderem auch der Empfang und das Pfortnerhaus gehören.
2. Die Regierung stellt für bis zu 250 Bedienstete des EZMW Mobiliar, Einbauten und IT-Ausstattung für Büro- und Sitzungsräume entsprechend den für Bundesministerien geltenden Standards. Die Regierung stimmt sich mit dem EZMW hinsichtlich der Ausstattung ab. Es wird davon ausgegangen, dass Teile des für die Zwischenunterkunft beschafften Mobiliars und der IT-Ausstattung auf Grundlage der Regelabschreibung im neuen Gebäude so weit wie möglich weiterverwendet werden können.
3. Soweit Mobiliar und sonstige Ausstattung einschließlich IT-Ausstattung dem EZMW übereignet wird, ist das EZMW für Instandhaltung, Reparaturen und Ersatzbeschaffungen verantwortlich und trägt alle in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten. Weitere Einzelheiten können zwischen dem EZMW und der Regierung in einem zusätzlichen Dokument nach Abschnitt 7 vereinbart werden.

Abschnitt 4

Sicherheit

1. Das EZMW-Gelände wird von der Regierung mit angemessener Sicherheitstechnik ausgestattet. Die Regierung ist für die Instandhaltung und die Ersatzbeschaffung solcher Ausstattung verantwortlich.
2. Die Zweigniederlassung ist entsprechend der von den zuständigen örtlichen, regionalen und nationalen Stellen durchge-

sary repair and maintenance works in exercise of the Government's obligations pertaining to paragraph 3 of Article 5 of the Agreement shall be considered as given unless and until the Head of Branch Office revokes such consent for operational reasons. Each visit to the ECMWF Premises by said representatives shall be duly announced in advance.

Section 2

Finances in connection with the campus

1. The campus referred to in Section 1 as well as the outdoor facilities shall be provided rent-free. The Government shall assume the maintenance and administrative costs. All maintenance works will be implemented by the Government.
2. The Government shall assume the operating costs for the first five years after handing over the campus.
3. After the first five years, the ECMWF shall bear the operating costs of the campus on a pro-rata basis, in general calculated based on the office space used by the ECMWF. The Government and the ECMWF will agree in a separate document under Section 7 of this Annex on all further details for determining and calculating operating costs.
4. The ECMWF shall not incur any capital maintenance investment or repair costs relating to the campus.
5. The Government shall assume all operating, administrative and maintenance costs for the conference centre.
6. The ECMWF shall bear any additional property maintenance costs arising from the installation of further facilities on the campus by the ECMWF or on its behalf.

Section 3

Provision and maintenance of furniture and fixtures, including IT systems

1. The Government will provide furniture and fixtures to the standard applicable to a federal ministry necessary for the proper operation of the campus. This applies to the conference centre, the gym, the kitchen, the canteen and the service centre which includes the reception and guard house, among others.
2. The Government will provide furniture, fixtures and IT equipment for offices and meeting rooms to the standard applicable to a federal ministry for up to 250 staff members of the ECMWF. The Government will consult with the ECMWF concerning the equipment. It shall be assumed that parts of the furniture and IT equipment that have been procured for the interim accommodation can continue to be used where possible in the new building in line with standard depreciation.
3. To the extent that furniture and other equipment including IT equipment are transferred to the ownership of the ECMWF, the ECMWF shall be responsible for maintenance, repair and replacement and shall bear all costs pertaining thereto. Further details can be agreed upon in an additional document between the ECMWF and the Government based on Section 7 of this Annex.

Section 4

Security

1. The ECMWF Premises shall be equipped by the Government with appropriate security technology. The Government is responsible for the maintenance and replacement of any such equipment.
2. The Branch Office shall be adequately secured in accordance with the threat and risk assessment undertaken at the com-

fürten Gefährdungs- und Risikobewertung sowie dem Status des EZMW entsprechend zu sichern. Die Gefährdungs- und Risikobewertung wird alle fünf Jahre oder erforderlichenfalls in kürzeren Abständen überprüft.

3. Die sicherheitsbezogenen Betriebskosten werden entsprechend Abschnitt 2 Nummer 3 anteilig auf die Nutzer umgelegt.

Abschnitt 5

Erweiterungsfläche

Für die Zwecke des EZMW steht eine bebaubare, mit dem Campus räumlich verbundene Erweiterungsfläche für bis zu 180 Bedienstete zur Verfügung.

Abschnitt 6

Kindertagesstätte

Die Regierung wird in Absprache mit dem EZMW eine Kindertagesstätte in der unmittelbaren Umgebung des Campus errichten. Alternativ unterstützt die Regierung Vereinbarungen zwischen dem EZMW und öffentlichen oder privaten Trägern über die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Kinderbetreuungsplätzen für das EZMW in der Umgebung des Campus.

Abschnitt 7

Detailabsprachen

Weitere Einzelheiten, zum Beispiel Nutzungsbedingungen und Belegungspläne, werden in zusätzlichen Vereinbarungen zwischen der Regierung und dem EZMW geregelt.

Kapitel 2

Sonstiges

Abschnitt 1

Wissenschafts- und Technikgemeinschaft

Bezüglich der Einbindung des EZMW in die Wissenschafts- und Technikgemeinschaft sichert die Regierung Unterstützung zu. Die Regierung unterstützt die Eröffnung eines Zugangs des EZMW zu Finanzmitteln und Infrastrukturen des Bundes, der Länder und der Kommunen im Bereich Forschung und Technik, indem sie das EZMW dabei unterstützt, diese in Anspruch nehmen zu können. Einzelheiten werden in weiteren Vereinbarungen zwischen den Beteiligten geregelt.

Abschnitt 2

Zusammenarbeit mit örtlichen und regionalen deutschen Behörden

1. Die Regierung sorgt dafür, dass die Stadt Bonn den Bediensteten des EZMW einen Willkommensdienst anbietet, der kostenfrei Unterstützung und Rat bietet, unter anderem bei der Wohnungs- und Schulsuche, der Arbeitsplatzsuche für Angehörige sowie sämtlichen Behördenangelegenheiten wie Meldepflichten und Führerscheingelegenheiten.
2. Weiterhin sorgt die Regierung für die Mitwirkung und Unterstützung durch das Land Nordrhein-Westfalen, um die Ansiedlung zu erleichtern.

petent local, regional and national level, commensurate with the ECMWF's status. The threat and risk assessment will be subject to re-evaluation every five years or earlier if deemed necessary.

3. The operating costs for security shall be allocated to the users on a pro-rata basis in accordance with Section 2.3 of this Annex.

Section 5

Extension area

An extension area suitable for development for up to 180 staff members, which is spatially linked with the campus, shall be available for the purposes of the ECMWF.

Section 6

Child day care centre

In consultation with the ECMWF, the Government shall establish a child day care centre in the immediate vicinity of the campus. Alternatively, the Government will facilitate arrangements between the ECMWF and public or private partners to provide an appropriate number of places in childcare for the ECMWF in the vicinity of the campus.

Section 7

Detailed arrangements

Further details, for example terms of use and schedules of terms of occupancy, shall be regulated in additional agreements between the Government and the ECMWF.

Chapter 2

Miscellaneous

Section 1

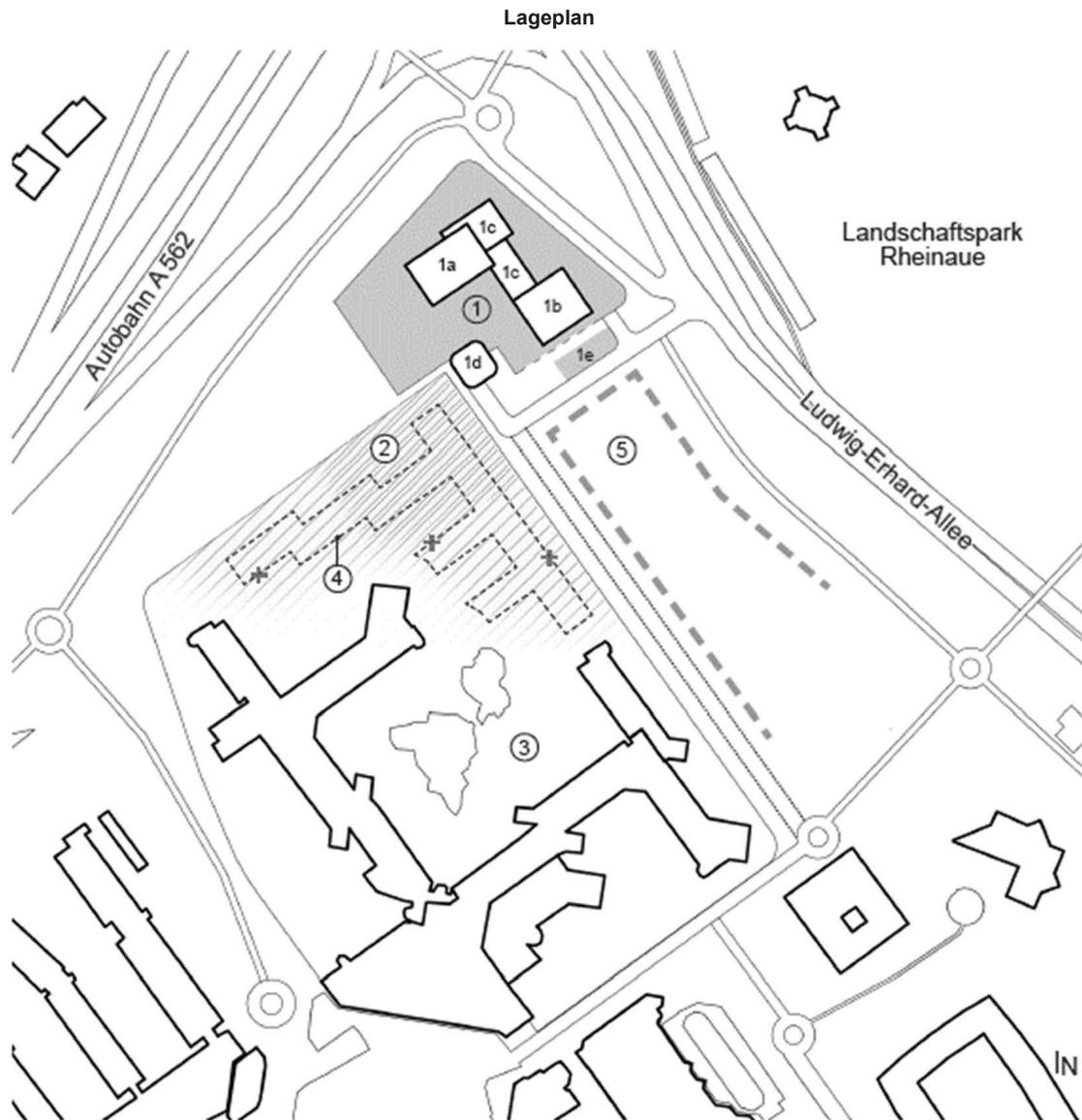
Scientific and technical community

The Government is committed to supporting the integration of the ECMWF into the local scientific and technical community. The Government assists the ECMWF in providing access to federal, state, and local authority research and technology funding and infrastructure by supporting the ECMWF in claiming such funding and infrastructure. The details shall be regulated in further agreements between the parties involved.

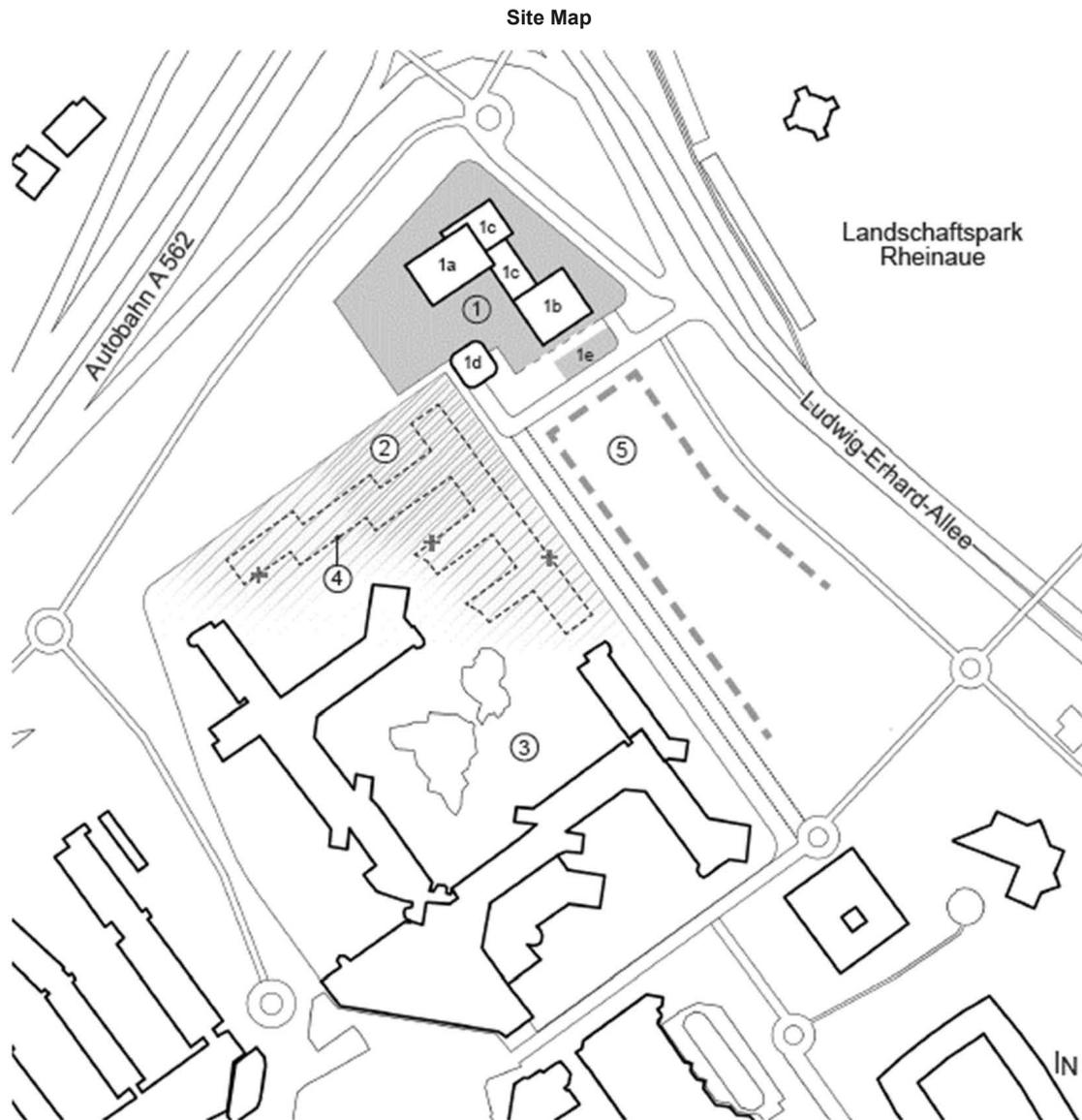
Section 2

Cooperation with local and regional German authorities

1. The Government shall ensure that the City of Bonn offers a welcome service to the ECMWF's staff members, providing support and advice free of charge, on matters such as finding housing, schools, jobs for family members as well as for any official matters such as registration formalities and matters relating to driving licences.
2. The Government shall further ensure the involvement and support of the Federal State of North-Rhine Westphalia in facilitating the relocation.



1. ERMW Campus Neubau; a Büroturm; b Konferenzzentrum mit Kantine; c Verbindungsbau;
 d Wachgebäude; e Fahnenwald
*ERMWF Development; a Office tower; b Conference centre and restaurant; c Connection building;
 d Guard house; e Sea of Flags*
2. Gelände für zukünftigen ERMW Erweiterungsbau
Area for future ERMWF extension
3. BMUV Campus
Federal Ministry for the Environment and Consumer Protection compound
4. Bestehende untergeordnete Gebäude / Abriss - - - - x -
Existing ancillary building / demolition
5. Potentielle zukünftige Neubauten - - - -
Potential future development



- 1. EZMW Campus Neubau; a Büroturm; b Konferenzzentrum mit Kantine; c Verbindungsbau;
 d Wachgebäude; e Fahnenwald
*ECMWF Development; a Office tower; b Conference centre and restaurant; c Connection building;
 d Guard house; e Sea of Flags*
- 2. Gelände für zukünftigen EZMW Erweiterungsbau
Area for future ECMWF extension
- 3. BMUV Campus
Federal Ministry for the Environment and Consumer Protection compound
- 4. Bestehende untergeordnete Gebäude / Abriss - - - - x -
Existing ancillary building / demolition
- 5. Potentielle zukünftige Neubauten - - - -
Potential future development

Anlage 2

Annex 2

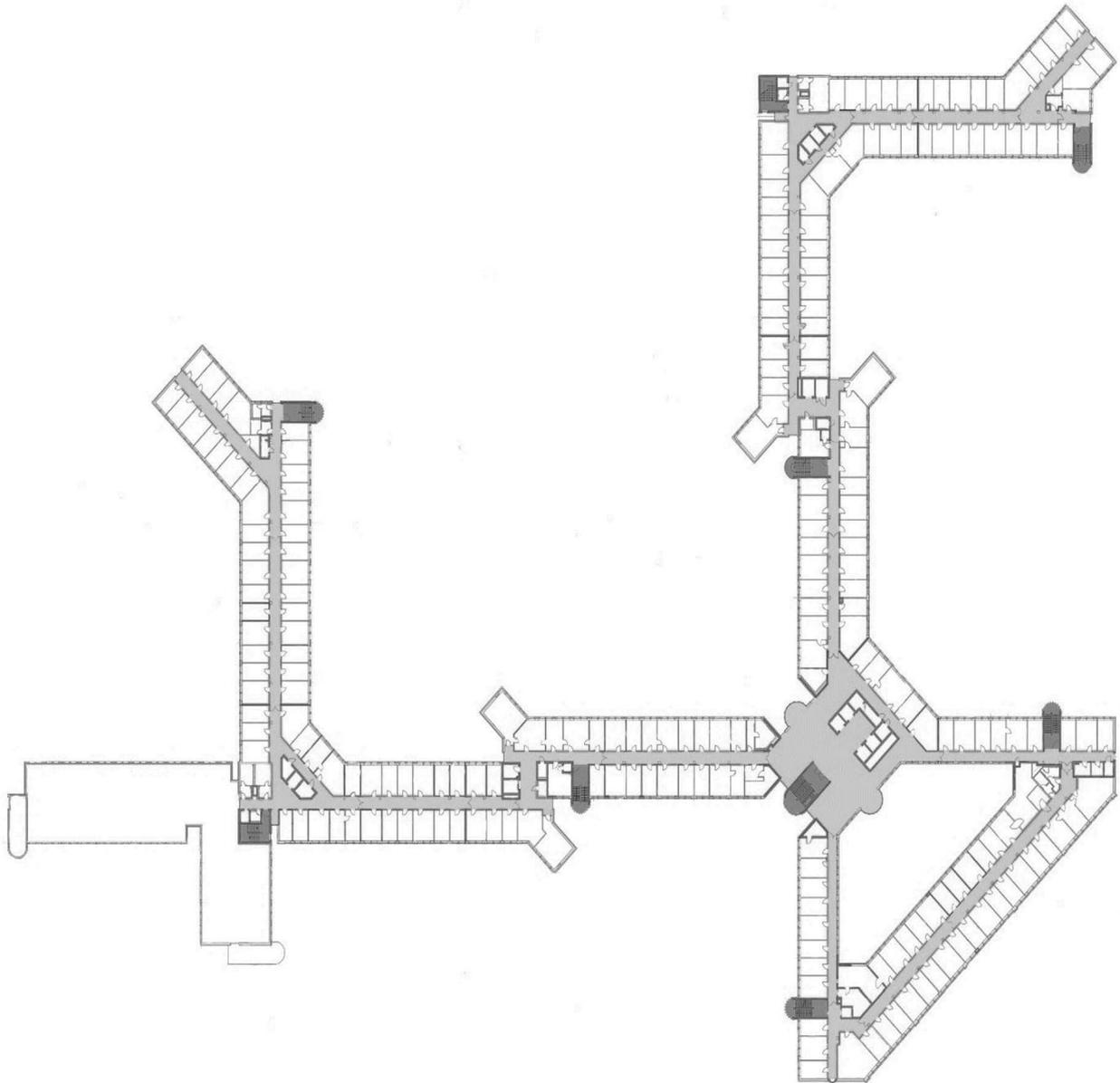
Zwischenunterkunft

1. Ab dem zweiten Quartal 2022 werden entsprechend der Entscheidung des Rates des EZMW vom 9. Dezember 2020 über die Annahme des Vorschlags der Regierung vom 30. September 2020 vollständig möblierte Büroflächen und Sitzungsräume zur Verfügung gestellt. Die Büroflächen und Sitzungsräume werden in einem frisch renovierten und abgeschlossenen Teil des Dienstgebäudes des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Robert-Schuman-Platz 3, Bonn, mietfrei zur Verfügung gestellt. Diese Büroflächen liegen im 3. und 4. Obergeschoss des Dienstgebäudes und stehen dem EZMW zur alleinigen Nutzung bereit.
2. Zusätzlich stehen zwei große Konferenzräume mit Audio- und Videoausstattung und Dolmetschkabinen mietfrei zur Verfügung.
3. Auf Antrag können ab dem dritten Quartal 2023 zusätzliche Büroflächen für mehr als 150 Personen und Sitzungsräume mietfrei und frisch renoviert im 3. Obergeschoss des Dienstgebäudes des BMUV zur Verfügung gestellt werden. Vollmöblierte Büroflächen für bis zu 150 Personen werden von der Regierung entsprechend Abschnitt 3 Nummer 2 der Anlage 1 zur Verfügung gestellt.
4. Ein Lageplan des 3. und 4. Obergeschosses des Dienstgebäudes ist dieser Anlage als Anhang 2a beigelegt.
5. Die vorübergehend zur Verfügung gestellten Büroräume können vom EZMW so lange genutzt werden, wie es erforderlich ist.
6. Einzelheiten werden in einer Vereinbarung zwischen BMUV und EZMW geregelt.

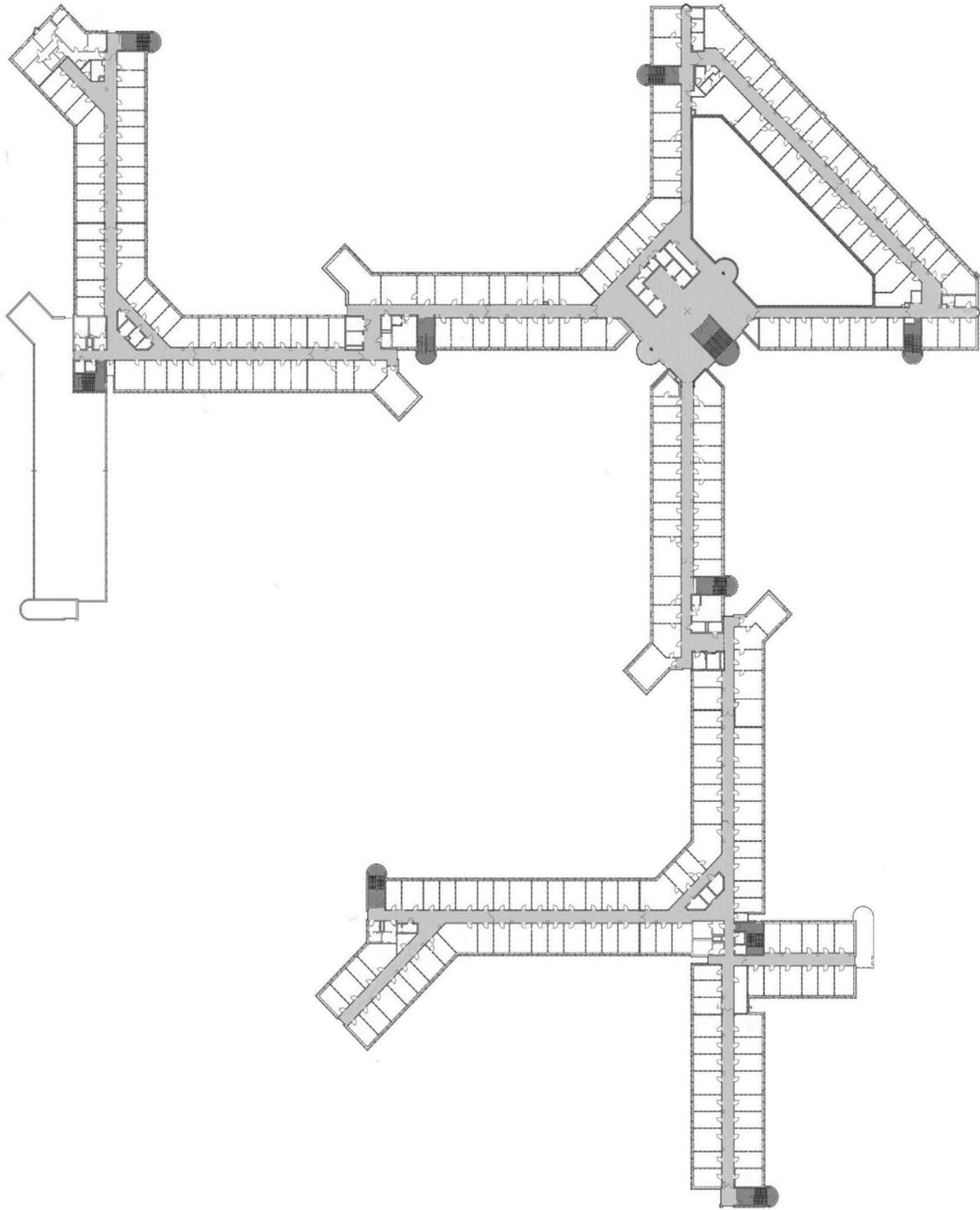
Interim accommodation

1. From the second quarter of 2022, fully furnished office space and meeting rooms will be provided in accordance with the decision of the ECMWF Council of 9 December 2020 on accepting the Government's proposal of 30 September 2020. The office space and the meeting rooms will be provided rent-free in a freshly renovated, self-contained part within the building of the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Nuclear Safety and Consumer Protection (BMUV), Robert-Schuman-Platz 3, Bonn. These dedicated office spaces will be made available to the ECMWF for its exclusive use on the 3rd and 4th upper floor of the office building.
2. In addition, two large conference rooms equipped with audio-visual facilities and interpreting booths are available rent-free.
3. Additional office space for more than 150 individuals and meeting rooms will be made available rent-free and freshly renovated on request on the 3rd upper floor within the office building of BMUV from the third quarter of 2023. Fully furnished office space for up to 150 individuals will be provided by the Government based on Section 3.2 of Annex 1.
4. A site map comprised of the 3rd and 4th upper floors of the office building is appended to this Annex as Appendix 2a.
5. The offices made available temporarily may be used by the ECMWF as long as they are needed.
6. Details shall be regulated in an agreement between the BMUV and the ECMWF.

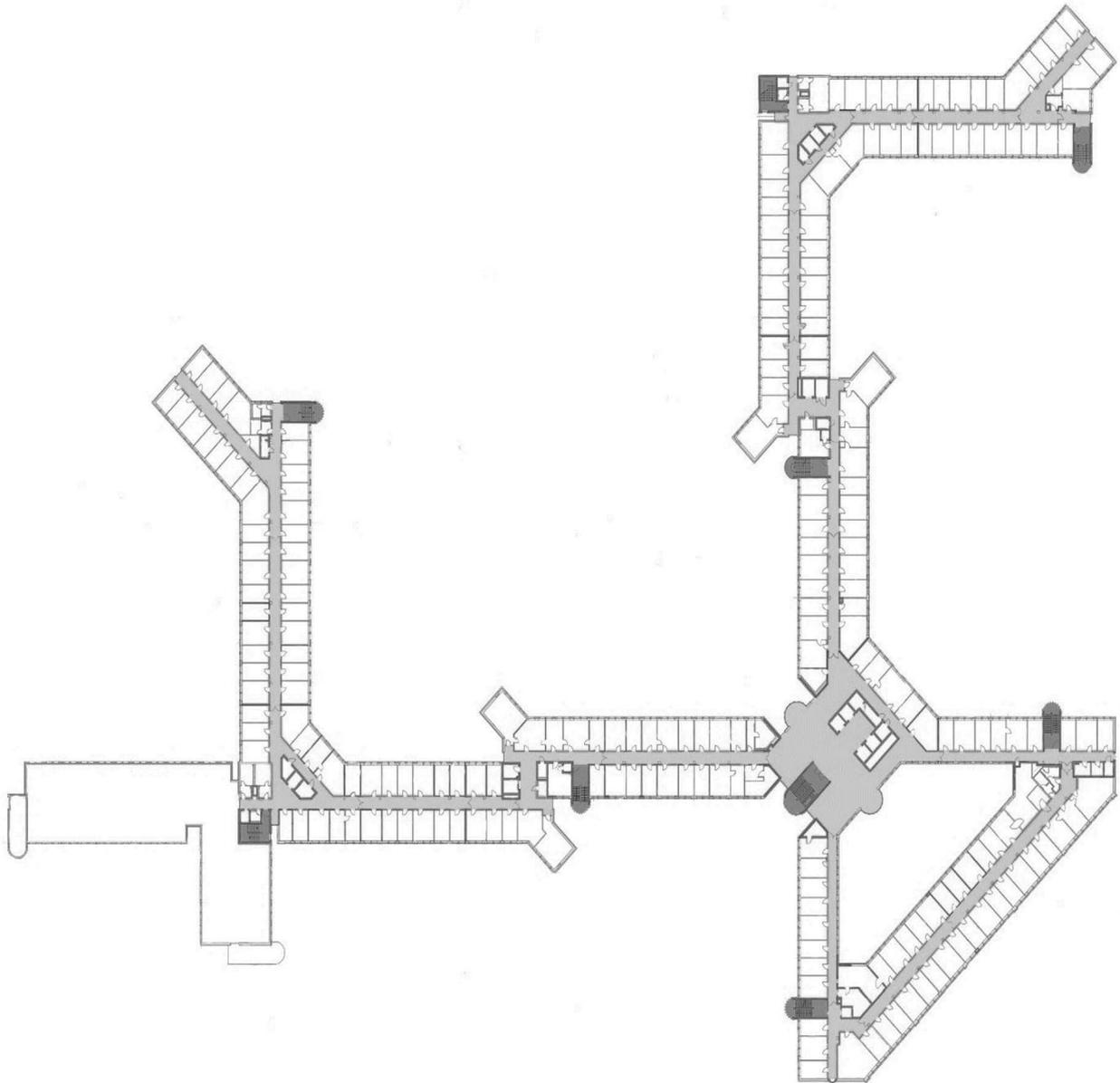
4. Obergeschoss



3. Obergeschoss



4th Floor



3rd Floor

